

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenenteil: Eward Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Insertate für die viergespaltene Zeitspalte ober deren Raum 1) Pfg.  
Vergütung von Anzeigen und Arbeitervermittlungen 3) Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Die Forderungen der Maschinenarbeiter.

Von der technischen Revolution, welche die Einführung der Maschine in den Produktionsprozeß verursacht hat, ist in den letzten Jahrzehnten auch die Holzindustrie in steigendem Maße beeinflusst worden. Mit der Zahl der Maschinen wächst auch die Zahl der Arbeiter, die deren Bedienung zum speziellen Lebensberuf erkoren haben. Die ausschließlich an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter zählen bereits nach Tausenden. Wie die Handarbeiter in der Holzindustrie und mit diesen gemeinsam kämpfen sie um eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ihre Interessenvertretung ist der Deutsche Holzarbeiterverband, zu welchem sie ein Kontingent von rund 12 000 Mitgliedern stellen. Die Maschinenarbeiter haben aber noch besondere Interessen zu vertreten. Die Holzbearbeitungsmaschinen zeichnen sich durch eine große Unfallgefahr aus, die vielen schlendenden Fingern und verstümmelten Händen der Maschinenarbeiter sprechen eine berechtigte Sprache. Die Verbesserung des Unfallschutzes ist daher eine der dringendsten Forderungen der Maschinenarbeiter.

Um die den Holzbearbeitungsmaschinen bedrohenden Gefahren zu besprechen und die Mittel und Wege zur Verhütung der Unfälle zu beraten, war die Konferenz einberufen, welche vom 12. bis 14. November in München getagt hat. Es darf ruhig ausgesprochen werden, daß sie diesen Zweck in durchaus zufriedenstellender Weise erreicht hat. Es ist anzuerkennen, daß der Umstand, daß die Konferenz vom Deutschen Holzarbeiterverband und für dessen Mitglieder einberufen war, die Vertreter der Berufsgenossenschaften und der Gewerbeinspektion nicht verhindert hat, an der Tagung teilzunehmen. Gehen diese amtlichen Organe auch unter anderen Gesichtspunkten an die Lösung der die Konferenz beschäftigenden Probleme heran als die Gewerkschaften, so sind sie doch an der Verminderung der Unfallgefahren in gleichem Maße interessiert. Und wenn sich die Gewerbeinspektoren und die Organe der Berufsgenossenschaft künftighin bemühen werden, noch mehr als bisher den Kampf gegen die Unfallgefahren Hand in Hand mit den Gewerkschaften zu führen, so wird das der Sache nur förderlich sein.

Der Höhepunkt der Konferenz war zweifellos das Referat des Kollegen Anton Raith. Hatte sich zunächst der Kollege Jaed von Berlin des Auftrages, die Unfallgefahren an den Holzbearbeitungsmaschinen zu schildern, in vorzüglicher Weise entledigt, so war dem Kollegen Raith-München die dankbarere Aufgabe zugefallen, die Forderungen der Maschinenarbeiter, Säger usw. an die Berufsgenossenschaften, an die Gewerbeinspektion und an die Gesetzgebung zu formulieren und zu begründen. Raith schilderte einleitend die Umwälzung, welche die Einführung der Maschine in der Industrie im allgemeinen und in der Holzindustrie im besondern hervorgerufen hat. Nachdem er die Gefährlichkeit der Holzbearbeitungsmaschinen besprochen, führte er aus:

„Sollte der erfinderrische Menschengesinn nicht imstande sein, die Gefahren dieser Maschinen zu bändigen? Er ist dazu imstande! Ein kleiner Bruchteil des vielen Geldes, das heute aufgewendet wird zur Erzeugung von Werkzeugen, mit denen sich Kulturvölker im Kriege zerfleischen sollen, nur ein kleiner Bruchteil dieses Geldes im Interesse des Arbeiterschutzes aufgewendet, und die Gefahren der Holzbearbeitungsmaschinen, die der Kollege Jaed hier so eindringlich geschildert, sie sind auf ein Minimum reduziert. Aber dazu ist kein Geld übrig. Arbeiterknocken können dem Kapitalismus heute immer noch billiger zu stehen, als kostspielige Schutzvorrichtungen. In rückwärtschreitender Weise ist das Unternehmertum bestrebt, die Arbeitskraft des wirtschaftlich Schwachen auszunutzen, den Arbeiter als Teilstück seiner Maschine zu betrachten. Dieser moderne Kapitalismus erzeugt aber auch den Widerstand der Arbeiter gegen Ausbeutung und Unterdrückung, erzeugte die mächtigen Organisationen der Arbeiter. Nur Loren können glauben, daß Arbeiterschutz und Sozialpolitik dem Wohlwollen der Unternehmer entspringen seien, sie sind durch die Arbeiter erzwungen und abgefordert. Ohne Organisation kein Arbeiterschutz, kein sozialpolitischer Fortschritt!

Selbst das Vorhandensein der besten Schutzmaßnahmen schließt den Unfall nicht immer aus, wenn nicht die ganze Betriebsführung von vornherein auf Gefahrenvermeidung hinarbeitet. Deshalb kämpfen wir auch für Herabsetzung

der täglichen Arbeitszeit, für Beseitigung wilder Akkordarbeit an den Maschinen, materielle Besserstellung des Arbeiters durch Sicherung eines zum Leben auskömmlichen Verdienstes, Regelung der Ueberzeit, Nacht- und Sonntagsarbeit, Hebung des allgemeinen und des fachlichen Wissens der Arbeiter, Förderung aller Bestrebungen, die auf den Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter gerichtet sind, Ueberwachung der Unfallverhütungsvorschriften durch die Arbeiter.

Daß der Deutsche Holzarbeiterverband der Verhütung der Unfälle an den Holzbearbeitungsmaschinen große Aufmerksamkeit zuwendet, zeigt die Tatsache, daß sich der Verbandsrat in München eingehend mit dieser Frage beschäftigte und in einer Resolution eine Reihe von Gesichtspunkten aufstellte, nach denen künftig gearbeitet werden soll. Nicht zuletzt zeigt auch die heutige Konferenz, wie ernst es dem Verband mit dem Streben ist, Aufklärung zu schaffen und seine Tätigkeit auf dem Gebiete des Schutzes der Arbeiter an den Holzbearbeitungsmaschinen vor Unfällen zu erweitern.

Die Zunahme der Verwendung technischer und elementarer Hilfskräfte, die hierdurch gesteigerte Intensität der Arbeitsleistung an scharfen, schneidenden Werkzeugen mit gewaltig rotierenden Messerwellen, die Verwendung ungeschulter Arbeitskräfte an solchen Maschinen und zahlreiche andere Ursachen tragen dazu bei, die Unfallgefahren zu steigern. Mehr Arbeit in kurzer Zeit zu liefern, mehr Lohnersparnis durch Bevorzugung billiger Arbeitskräfte, ununterbrochene Ausnutzung der Maschinen, Hinterrücksetzung jeglicher Rücksicht auf Leben und Gesundheit durch Außerachtlassung der Unfallverhütungsvorschriften — das sind die Zeichen des Wettlaufes in der Steigerung der Produktivität des Betriebes und der Verbilligung der Produktionskosten. Die Rücksicht auf den Arbeiter ist dabei ausgeklüffelt.

Der wichtigste Zweig des Arbeiterschutzes ist die Unfallverhütung, denn das schwerste, was den Arbeiter treffen kann, ist die Gefährdung seines Lebens und seiner gesunden Glieder. Besonders in der Holzindustrie ist die Unfallgefahr derartig groß, daß es Pflicht der Gesetzgebung ist, dieser Frage ihre ganze Aufmerksamkeit zuzuwenden. Aufgabe des Staates muß es in erster Linie sein, eine wirksame Unfallverhütung zu schaffen. Ohne Rücksicht auf den Unternehmergewinn müßten Maßnahmen getroffen und deren Durchführung erzwungen werden, die den besten Schutz und die wirksamste Sicherheit des Arbeiters gewährleisten. Das ist in der Holzindustrie um so leichter zu erzielen, als die Arbeiterschutzesmit heute bereits so weit fortgeschritten ist, daß, wenn man den Ausgang und die Ursache der Unfälle untersucht, finden wird, daß ein großer Teil von ihnen hätte verhütet werden können. Die Durchführung erhöhter Schutzmaßnahmen für die Arbeiter der Holzindustrie ist angesichts der gräßlichen Verunstaltungen, welche deren Maschinen verursachen, ein dringendes Gebot der Menschlichkeit. Sie muß mit aller Energie betrieben werden, um weitere schwere Nachteile für die Arbeiter zu vermeiden. Statt daß man aber den Arbeitern und ihren Ausschüssen und Organisationen bei der Regelung des Betriebes und bei der Beschlußfassung über Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen einen entscheidenden Einfluß zuweist, hat unsere Reichsgesetzgebung die Unfallverhütung nahezu völlig dem Unternehmertum zur Regelung überlassen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede schilderte Raith die Entstehung und Entwicklung der Arbeiterschutzesgesetzgebung in Deutschland und insbesondere der Unfallversicherungsgesetzgebung, wobei er vornehmlich die Bestimmungen einer näheren Betrachtung unterzieht, welche die Unfallverhütung zum Gegenstand haben. Mit einer Fülle von Material begründet er dann die einzelnen Punkte der nachstehenden

### Resolution:

Die Entwicklung der zahlreichen Betriebsarten in der Holzindustrie bedingt eine stete Steigerung in der Verwendung von Maschinen zur Verarbeitung des Holzes. Diese Maschinen haben bei Nichtanwendung genügender Sicherheitsmaßnahmen wegen ihrer technischen Konstruktion und Betriebsweise besonders schwere Verletzungen und Verunstaltungen der sie bedienenden Arbeiter im Gefolge, so daß die vermehrte Anwendung dieser maschinellen Arbeitsmittel auch eine sich täglich steigende Gefahr für Leben und Gesundheit der Holzarbeiter in den Maschinenbetrieben mit sich bringt. Da die Unfallgefahren sich ständig erhöhen und die bisherigen gesetzlichen Vorschriften und Anordnungen der Berufs-genossenschaften zum Schutze der Arbeiter in den Holzbearbeitungsfabriken, Sägewerken und ähnlichen Betrieben sich als völlig unzureichend erweisen haben, fordern wir aus allen

A. Von den Berufsgenossenschaften:  
Vermehrung der Aufsichts- und Kontrollorgane in der Weise, daß wiederholte und gründliche Revisionen sämtlicher der Berufsgenossenschaft unterstellten Betriebe alljährlich möglich sind.

Anstellung von Betriebskontrolleuren aus den Reihen der Maschinenarbeiter.

Erweiterung der Vorschriften über Anbringung von Schutzvorrichtungen an Holzbearbeitungsmaschinen und strengere Maßnahmen zur Durchführung dieser Vorschriften.

Anwendung hoher und wiederholter Geldstrafen gegen Unternehmer, die den erlassenen Vorschriften zuwiderhandeln.

B. Von der Gewerbeinspektion:  
Veranstaltung von Vorträgen über Arbeiterschutz und wirksame Anwendung von praktischen Schutzvorrichtungen in Arbeiterkreisen.

Zuziehung von Maschinenarbeitern bei Revision der Betriebe.

C. Von der Gesetzgebung:  
Vermehrung der Aufsichtsorgane bei den Gewerbeinspektionen, um eine gründliche und wiederholte Revision aller derselben unterstellten Betriebe zu ermöglichen.

Anstellung von Gewerbebeamten aus den Reihen der Arbeiter.

Festsetzung eines Maximalarbeitstages von 10 Stunden für alle Betriebe der Holzindustrie und Herabsetzung desselben innerhalb gesetzlich zu bestimmender Frist auf täglich 8 Stunden.

Wängliches Verbot der Frauenarbeit an Holzbearbeitungsmaschinen, in Sägewerken und Holzlagerplätzen.

Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge unter 17 Jahren an den Maschinen.

Gewährung polizeilicher Strafbefugnis an die zur Beaufsichtigung der Betriebe angestellten Gewerbe- und Aufsichtsbeamten.

Einführung von Pflichtunterrichtskursen für alle Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen über Unfallverhütung an den Maschinen und Anwendung der vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen.

Alsdann fährt der Redner fort:

Kollegen! Unsere heutige Tagung soll eine Kundgebung sein an die Gesetzgeber und die von diesen eingesetzten Instanzen und Behörden. Gestützt auf die Nachweise über die Gefahren, welche den Maschinenarbeiter in der Holzindustrie bedrohen, angesichts des Glendes, von dem die Familien unserer verunglückten und verstümmelten Kollegen betroffen werden, fordern wir besseren Schutz für alle Arbeiter an den Maschinen zur Verarbeitung des Holzes. Diese Konferenz soll aber auch eine kräftige Aufforderung an alle unsere Kollegen sein, überall und bei jeder Gelegenheit für den Ausbau und die Durchführung des Arbeiterschutzes einzutreten. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen zitiert Raith einige Proben aus den Untersuchungen über „Maschine und Arbeiterseele“, die Fritz Müller kürzlich in der Wochenschrift „Umschau“ veröffentlicht hat. Er bezeichnet sie als Schmerzensrufe aus dem täglichen Leben und fährt fort:

„Sie können nur von Arbeitern stammen, die den Wert des eigenen Lebens, die Gesundheit als ihr köstlichstes Gut zu achten und erkennen gelernt haben. Diese Erkenntnis allen Arbeitern beizubringen, dazu bedarf es eines der wirksamsten Faktoren und das ist die Organisation. Wo diese fehlt, da sind die besten Arbeiterschutzesbestimmungen nur wertloses Papier. Eine starke Organisation dagegen ist imstande, über die Gesetzgebung hinaus wirklichen Schutz des Arbeiters zu erzwingen und durchzuführen.

Im Namen der Hinterbliebenen unserer Berufs-kollegen, die die Maschine erschlagen, der Tausende von Kollegen, denen diese ihre gesunden Glieder zermalmt, im Namen der gesamten Maschinisten und Säger, die tagtäglich den drohenden Gefahren entgegenzutreten müssen, erheben wir unsere Forderungen, in dem Bewußtsein, an einem gemeinsamen Werke sozialer Fürsorge, Humanität und Menschlichkeit mitzuarbeiten.“

Leider sind wir durch den knappen Raum genötigt, uns auf die Wiedergabe dieser Bruchstücke aus der packenden Rede des Kollegen Raith zu beschränken. Sie wird im vollen Wortlaut in dem demnächst erscheinenden Protokoll der Konferenz abgedruckt werden. Die Beschlüsse der Konferenz, die unter dem Eindruck der hier skizzierten Ausführungen gefaßt wurden, werden einen guten Zeitfaden für die künftige Tätigkeit unseres Verbandes im Interesse der Maschinenarbeiter und Säger abgeben, und wir sind überzeugt, daß auch unser Wirken auf diesem Gebiet von Erfolg gekrönt sein wird.



### Die zweite Konferenz der Stellmacher.

Am 26. November werden in Berlin die Vertreter der im Deutschen Holzarbeiterverband organisierten Stellmacher zusammenkommen, um die besonderen Fragen ihres Berufes eingehend zu beraten. Sechs Jahre sind verstrichen, seitdem die erste Branchenkonzferenz der Stellmacher tagte. Waren bei der Gründung des Verbandes im Jahre 1893 nur 450 Stellmacher als Mitglieder gezählt worden, so konnte 1905 die Konferenz in Halle deren 3015 müßtern.

Seitdem hat die wirtschaftliche Entwicklung das Beschäftigungsgebiet der Stellmacher ganz bedeutend erweitert. Die Organisation weist ebenfalls wesentliche Fortschritte auf. Vereits am Jahreschlusse 1910 gehörten 4773 Stellmacher unserem Verbande an, und darf angenommen werden, daß sich diese Zahl inzwischen noch erheblich erhöht hat. Eine genaue Uebersicht wird erst die alljährliche Branchenstatistik zu Neujahr ergeben.

Die Organisation der Stellmacher ist alt. Wenn trotzdem die Mitgliederzahl erst im Industrieverband eine nennenswerte wurde, so läßt dies dessen Werbekraft für die Berufsangehörigen meist zerstreut leben, besonders hervortreten. Schon der im Anfang der sechziger Jahre gegründete „Deutsche Stellmacherverein“ hatte in 15 Bezirksstellen rund 350 Mitglieder, während die „Holzarbeitergewerkschaft“ außerdem noch 127 Stellmacher zu ihren Mitgliedern zählte. Es waren also bereits damals ebensoviel Organisierte vorhanden, als 1893 übertraten.

Wenn auch das Sozialistengeseß die weitere Entwicklung der damals bestehenden Vereine unterbunden hatte, so regten sich doch nach einigen Jahren auch die Stellmacher wieder, sie gründeten Lokalorganisationen und suchten die Verbindungen untereinander wieder anzuknüpfen. Auf einem Wagenbauerkongreß, der im Mai 1855 in Magdeburg tagte, wurde die Gründung besonderer Zentralverbände für die Schmiede und für die Stellmacher beschlossen. Die „Vereinigung deutscher Stellmacher“ nahm ihren Sitz in Hamburg, ihre Wirksamkeit erstreckte sich aber in den ersten Jahren nur auf wenige größere Orte, während in mehreren anderen allgemeine lokale Wagenbauorganisationen weiter bestanden, welche sowohl Stellmacher als auch Schmiede umfaßten. Der Gedanke, der Organisation durchgängig diese breitere Basis zu geben, lehrte auch auf den verschiedenen zentralen Tagungen wieder, die 1886 in Hamburg, 1888 in Halle, 1890 in Hannover und 1892 in Braunschweig stattfanden. Diese letzte Generalversammlung der nunmehrigen „Vereinigung der deutschen Stellmacher sowie aller im Wagenbau beschäftigten Holzarbeiter“ erklärte sich aber einstimmig für die Gründung eines Industrieverbandes in der Holzindustrie. Mit dem Zusammenschluß zum Holzarbeiterverbande stellte auch das bisherige Verbandsorgan „Der Wagenbauer“ sein Erscheinen ein.

Große Erfolge hatte die selbständige Verbandsorganisation der Stellmacher nicht zu erringen vermocht. Die Zahl der Organisierten war klein und weit verstreut. Trotzdem hat es die Organisation an Versuchen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse nicht fehlen lassen. Wie riefständig diese noch waren, geht daraus hervor, daß der Kongreß von Halle 1888 beschloß, einen Maximalarbeitstag von 10 Stunden anzusetzen und dafür einzutreten, daß der Minimallohn nicht unter 15 Mk. pro Woche betragen dürfe.

Seitdem haben die Arbeitsgelegenheiten der Stellmacher wesentliche Veränderungen erfahren. Automobilindustrie, Waggonbau und landwirtschaftliche Maschinenfabriken haben in den letzten Jahren einen kräftigen Aufschwung genommen. In neuerer Zeit haben auch die

Spezialfabriken für Sportartikel eine größere Bedeutung erlangt. Auch an dem Aufschwung, den der Flugsport nimmt, sind die Stellmacher insofern interessiert, als die Herstellung von Flugapparaten zu einem erheblichen Teil Stellmacherarbeit ist. Diese Entwicklung hat Günstigkeit von Stellmachern an gemeinsamen Arbeitsplätzen zusammengeführt und hat dadurch Schwierigkeiten vermindern helfen, die seither die Agitation hemmten.

Das typische Bild kapitalistischer Entwicklung, welches seinen Ausdruck in der Verminderung der Zahl der Betriebe und Vermehrung der Zahl der Beschäftigten findet, bietet das Stellmachergewerbe schon seit einer Reihe von Jahren. Die Gewerbezahlung ermittelte für das Jahr 1895 in der Gruppe „Stellmacherei und Wagenbau“ 11771 Betriebe und 54 209 Beschäftigte, während die Erhebungen für das Jahr 1907 nur noch 55 886 Betriebe ergab, wobei aber die Zahl der Beschäftigten auf 67 110 gestiegen war. Es ist unschwer voranzusehen, daß diese Aufsaugung der Kleinbetriebe stetig fortschreitet.

In der Automobilindustrie ist die Entwicklung der letzten zehn Jahre beinahe sprunghaft gewesen. Mit der Herstellung von Kraftfahrzeugen (Krafttrader und Wagen) befaßten sich im Jahre 1901 in Deutschland erst 12 Betriebe mit 1173 Beschäftigten und 2,2 Mill. Mk. Jahreslohnsumme; 1906 zählte man schon 34 Betriebe, 11 420 Beschäftigte und 15,0 Millionen Mark Lohnsumme; 1909 dagegen waren die Betriebe bereits auf 68 emporgeschwollen, die 18 048 Personen beschäftigten und 23,1 Millionen Mark an Löhnen und Gehältern verausgabten. In gleicher Linie bewegt sich auch der Gesamtwert der Erzeugung, der 1901 erst 5,7 Millionen Mark, 1906 bereits 51,0 Millionen Mark und 1909 sogar 73,0 Millionen Mark betrug. Besonders kräftig ist der Aufstieg seit 1908, wo der Gesamtwert der Produktion erst 52,0 Millionen Mark betrug.

Nach deutlicher kommt die Entwicklung in der Stückzahl der Erzeugung zum Ausdruck. Während diese bei den Kraftträdern seit 1906 ziemlich gleich blieb, wurden Kraftwagen und Untergestelle angefertigt 1901: 884, 1906: 5218, 1908: 5547, 1909 dagegen 9444 Stück. Seitdem hat diese schnelle Aufwärtsbewegung angehalten, ist doch allein die Ausfuhr an Personenmotorwagen einschließlich Chassis von 10,5 Millionen Mark im Jahre 1908 auf 17 Millionen Mark im Jahre 1909 und 1910 sogar weiter auf 20 Millionen Mark gestiegen.

Dieser schnelle Entwicklung hat sich für das Kapital durchaus gewinnbringend erwiesen. Die Arbeiter dieses Produktionszweiges aber haben nur in bescheidenem Umfang Nutzen von diesem Aufschwung gehabt, und das auch nur dort, wo ihr Zusammenschluß stark genug war, um sich ihren Anteil zu erkämpfen. Höherer Lohn und kürzere Arbeitszeit muß darum deren nächstes Ziel sein.

Die vorherrschende Entlohnungsart in der Automobilindustrie ist der Akkordlohn. Die im Motorfabrikbau für die einzelnen Typen gezahlten Preise weisen aber so große Unterschiede auf, daß ein Ausgleich dringend geboten erscheint. Der Konferenz werden die Vorarbeiten zu einem Grundtarif, die von der Zentralkommission in Angriff genommen wurden, zur Beantwortung unterbreitet werden und es dürfte diese Maßnahme dazu beitragen, eine Klärung auf diesem Gebiete herbeizuführen. Daß es im Stellmachergewerbe auch dahin kommen muß, bei Abschluß von Akkordtarifen unter allen Umständen die Lohngarantie zur Bedingung zu machen, sei mir nebenher erwähnt, weil bei der Berechnung der Preise dieser Arbeiten, die sich meist auf mehrere Wochen erstrecken, leicht Kalkulationsfehler unterlaufen können.

Die gleichen Zustände, wie sie in der Automobilindustrie zu beobachten sind, finden sich zum größten Teil

auch in der Waggonindustrie vor, nur ist der Beschäftigungsgrad hier in neuerer Zeit kein so günstiger als dort. Während die inländischen Bestellungen auf Eisenbahnwagen keine wesentlichen Steigerungen erfahren haben, ist der Export sofort von rund 13 Millionen Mark im Jahre 1908 auf 10,3 Millionen Mark im Jahre 1909 zurückgegangen und hat sich auch 1910 erst auf 11,7 Millionen Mark erholt, so daß lange Zeit eine direkte Geschäftsflaute in den Waggonfabriken herrschte. Infolge der mangelhaften Organisation sind in diesen Betrieben die Akkordpreise teilweise so niedrige, daß nur mit größter Anstrengung ein einigermaßen auskömmlicher Lohn erzielt werden kann. Hier dürften auch die Nachteile der sogenannten Gruppenakkorde einer eingehenden Besprechung gewürdigt werden müssen. Obwohl dieser Produktionszweig mehr Einheitlichkeit in der Herstellungsweise seiner Produkte bietet, sind auch hier die gezahlten Preise durchaus verschieden. Wenn auch die Schwierigkeiten nicht verkannt werden sollen, die der Schaffung von Einheitspreisen im Wege stehen, so wird doch ein Anfang gemacht werden müssen.

Erinnert sei auch noch an die im landwirtschaftlichen Maschinenbau beschäftigten Stellmacher. Hier hat die Leistung den Gipfel des Erreichbaren erklommen, aber nicht zum Vorteil unserer Kollegen.

Die Arbeitsvermittlung wird ebenfalls Gegenstand der Beratung sein müssen, um den jetzigen unhaltbaren Zustand zu beseitigen. Viele unserer Kollegen ziehen ihre Kenntnis der offenen Stellen aus dem Offener „Arbeitsmarkt“ und werden dadurch verleitet, Orte aufzusuchen, die sie bei voeherrschender Aufklärung meiden würden. Ob die Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises zweckmäßig ist, darf bezweifelt werden, jedenfalls aber sollte, wo es möglich ist, die Angliederung der Arbeitsvermittlung für die Stellmacher an bestehende partiale Arbeitsnachweise ins Auge gefaßt werden.

Nur wenn die Durchführung der etwaigen Beschlüsse der Konferenz wirkungsvoll zu gestalten, wird in Bezug auf Agitation und Organisation der Stellmacher auch noch ein Wort geredet werden müssen. Das langsame Tempo, in welchem bisher die Organisation der Stellmacher vor sich gegangen ist, wird einer erheblichen Beschleunigung Platz machen müssen. Der Einzelne ist gegenüber den kapitalkräftigen Unternehmern dieser Industriezweige ohnmächtig. Deshalb muß sich die gewerkschaftliche Betätigung der Stellmacher verdoppeln und ihren zahlenmäßigen Ausdruck im Anschluß aller Berufs Kollegen an den Deutschen Holzarbeiterverband finden.

Die Konferenz wird nicht unterlassen dürfen, Mittel und Wege vorzuschlagen, welche die Möglichkeit bieten, den größten Teil der Stellmacher der Organisation zuzuführen, gleichviel welcher Spezialbranche sie angehören. Wenn die Delegierten ihre Aufgabe in diesem Sinne auffassen und in ihrem Wirkungskreise eine rege Agitation entfalten, dann werden auch die Stellmacherkollegen einer besseren Zukunft entgegensehen können.

### Freie Konkurrenz oder Organisation?

Während noch die Unternehmer frampshast an dem Prinzip der Organisationslosigkeit festhielten, hatten die Arbeiter bereits erkannt, daß sie infolge der vielgestaltigen freien Konkurrenz unter die Ärmsten gekommen waren und daß nur in einem Zusammenschluß das Heil zu finden sei. Auf dem Arbeitsmarkte machte sich nämlich gleich in den Anfängen der kapitalistischen Produktionsweise ein großes Ueberangebot an Arbeitskräften bemerkbar. Die Folge davon war die Ueberfüllung des Arbeits-

### Allerlei vom Wagenbau.

Unter den Berufen unserer Holzindustrie ist wohl keiner, der sich an ehrwürdigem Alter mit der Stellmacherei messen kann. Der Gedanke, Lasten oder Personen auf rollender Unterlage fortzubewegen, ist so naheliegend, daß die Menschheit sicherlich schon auf ganz primitiver Kulturstufe auf dieses Hilfsmittel verfallen ist. Freilich, bis zur Konstruktion eines richtigen Wagens mit Rädern und einem Kasten wird noch manches Jahrhundert dahingeflossen sein. Man kann auf altägyptischen Darstellungen vom Pyramidenbau sehen, daß das Baumaterial nicht angefahren, sondern aus weiten Entfernungen auf Holzschienen herangeschleift wurde, doch stammen aus dem alten Ägypten auch die ältesten Nachrichten über den Gebrauch von Wagen, die dort mindestens schon zweitausend Jahre vor unserer Zeitrechnung bekannt waren.

Ganz wie in unseren Tagen wurde auch damals schon der technische Fortschritt vornehmlich in den Diensten des Militärischen gesucht. Zweirädrige Kriegswagen sind es zuerst, an denen eine vereinernte Kunst des Wagenbaues sich entwickelt. Während diese schon 2000 Jahre vor unserer Zeitrechnung mit Speichenrädern gebaut werden, waren für Wagen zu wirtschaftlichem Gebrauch noch lange in unsere Zeitrechnung hinein die allerprimitivsten Walgen- und Scheiberräder allgemein. Ein ganz gefährliches Ereignis der historischen Wagenbaukunst waren die berühmten Sichelwagen, die von den Persern erfunden sein sollen und im Altertum weit verbreitet waren; es waren das zweirädrige Streitwagen, die an der Deichselspitze und den Achsenenden sichelartige Schwert trugen, mit denen man in die feindlichen Kolonnen hineinfuhr. Ihren Höhepunkt erreichte die antike Wagenbaukunst in der Blütezeit des alten Rom, in der zu mannigfachen Zwecken, für Krieg, Sport und Prunk, die verschiedensten Wagentypen im Gebrauch waren.

Aus dem Mittelalter und der frühen Neuzeit sind noch heute vereinzelt in den Museen Wagen erhalten, die durch ihren äußeren Prunk Bewunderung für das damalige

Können auf diesem Gebiete herausfordern und denen gegenüber selbst unsere heutigen Luxuswagen einen recht nichteren Eindruck machen. Aber hinter dem glänzenden Neuherrn steckt meistens eine höchst primitive Konstruktion. Daß die Räder durch die besten Nessel eine unbeholfene Schwerehaftigkeit bekamen, muß auf die miserablen Regesverhältnisse früherer Zeiten zurückgeführt werden. Wenn man zu den hölzernen Fahrtragen noch hinzurechnet, daß bis zum Beginn der Neuzeit die Wagenlasten direkt auf den Achsen befestigt wurden, so läßt sich leicht denken, daß das Wagenfahren zu jener Zeit nicht eben zu den Annehmlichkeiten des Lebens gehörte. Um 1595 wird in „den Theatrum Jacobi Bessoni“ als staunenerregende Erfindung angekündigt: „Ein neuer herrlicher und königlicher Wagen, welcher zwar etwas größer ist, als die gemeinen Wagen; fernermal er auch an unebnen Orten, neltig in seinem gleichen Gewicht hangend, und so leicht und sitzjam gefühl wird.“ Dazu ist eine Abbildung gegeben, aus der hervorgeht, daß die gepriesene Neuheit in einem hängenden Wagentypen besteht; vom Unterteil streben mächtige, allegorische Menschengestalten, auslaufende Rungen empur, in denen an schweren Ketten der geschlossene und abgedeckte Kasten hängt.

Einen Wagen zu konstruieren, der das Gleichgewicht behielt, war der stolze Traum aller ehrgeizigen Wagenbauer. Aber das gelang so wenig, daß man sich nachgerade mit der Tatsache abgefunden hatte, daß das Umwerfen eine unabwendbare Naturerscheinung der Gallung Wagen sei. Noch im Jahre 1830 entwirft ein Hofkammer, der auf englischen Postkutschen fuhr, folgende liebliche Beschreibung davon in seinem Tagebuch: „Nede ist vierspännig, im Innern vierstübig, wo aber gewöhnlich niemand Platz genommen hat. Dagegen sitzen oben auf dem Kutschendeckel im Freien — zuweilen zehn Fuß über dem Erdboden — zehn auch vierzehn Personen. Außer Regel stürzt die Hälfte der Passagiere, wenn sie beim Schaufeln der Kutsche das Gleichgewicht verlieren, hinab und bricht Arm und Bein.“ Verhältnismäßig spät erst wurden geeignete Lenkvorrichtungen gefunden. So wird berichtet, daß, als Luther

auf einem Wagen nach Gisleben geführt wurde, zwei Landknechte hinterdrein gingen und an jeder Wegebiegung mit Sabeln die Hinterräder herumwarfen!

Eine ganz moderne Erfindung unserer vorverehrungsrigen Zeit scheint der Taximeter zu sein, aber wie hinten damit doch nur um 2000 Jahre den alten Römern nach, die bereits Mietsfahrwerke kannten, in denen der Fahrpreis durch einen Mechanismus bestimmt wurde, der für je eine römische Meile eine Steinugel in ein Gefäß rollen ließ. Auch in China sollen schon vor vielen Jahrhunderten solche Wegemesser an Wagen im Gebrauch gewesen sein.

Wenn es nach dem Willen des Erfinders des Wagentrades gegangen wäre, dann würde auch diese Branche eine Unterabteilung der Wagenbauerei geworden sein, denn die Modelle, die er um 1817 konstruierte, waren ganz aus Holz hergestellt, was um so weniger Schwierigkeiten machte, als ein Pedalantreib nach nicht vorgesehen war, sondern der Apparat mit den Rädern vom Erdboden abgehoben wurde. Die auch für jeden Stellmacher interessanten Originalmodelle dieser ersten hölzernen Fahräder befinden sich im Museum zu Frankfurt a. M., während naturgetreue Kopien auch im Berliner Reichsmuseum zu sehen sind.

Die Delegierten der Stellmacherkonferenz sollten, sofern ihnen die Zeit das irgend gestattet, einen Besuch des Reichsmuseums nicht verpassen. Hier ist in zahlreichen kleinen Modellen und in Abbildungen eine Uebersicht über die Entwicklung der Verkehrsverhältnisse und -mittel gegeben, wie sie in gleicher Reichhaltigkeit kaum an einem anderen Orte anzutreffen sein wird. Alle in Deutschland vorkommenden Typen von Postgeschritten und dazu zahlreiche Modelle aus aller Herren Länder sind ausgestellt, und nicht minder interessant ist eine Sonderausstellung der modernsten Verkehrsmittel, die ihren Weg durch die Luft nehmen.

\*) Berlin, Leibziger Straße, Ecke Mauersir. Gedruckt Sonntag von 12-2 Uhr, wochentags (mit Ausnahme von Mittwoch und Sonnabend) von 10-2 Uhr.



### Warnung vor Zuzug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

**Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern** nach Alze im Erzgebirge (E. Pausch, E. Weich, H. Rudorf), Wamburg (Grenz), Hamburg, Hanau (Holzinger), Herzfeld (Stüver), Dauer (Diedl u. Mische), Leipzig (Ergebnisbestandteilfabrik E. Gebhart u. Co.), Oberhausen i. Rheinl. (Semmers), Rendsburg (Eisenwert Marktstraße), Paris.

**Maschinenbauern** nach Rendsburg (Eisenwert Marktstraße).

**Partettlegern** nach Dresden (Heine), Hamburg-Altona, Leipzig (Firma W. Schulze, Inhaber D. Ebinger).

**Korbmachern** nach Gernsheim a. Rh., Schiffdorf (Müller), Sellstedt (Allermann), Wäntreue.

**Stodarbeitern** nach Schwesche (Vindbaum u. Bürmann).

**Wandmalern** nach Treuenbrieken.

**Schulstickerarbeitern** nach Alfeld a. d. L.

**Schirmmachern** nach Berlin (Vichtenstein).

**Vergoldern** nach Stendal (Mehlenbach).

marktes und eine erbitterte Konkurrenz der Arbeiter untereinander. Die Gründe dafür, daß so zahlreiche „Hände“, wie der Engländer sich ausdrückt, auf den Markt geworfen wurden, sind verschiedener Art. Am Ausgang des Mittelalters wurden Hunderttausende von Landbewohnern von ihrer Scholle vertrieben, die ihnen bis dahin den Lebensunterhalt gewährt hatte. Besonders in England, der Geburtsstätte des modernen Kapitalismus, war diese Methode recht im Schwange. Die mächtigen Landlords nahmen den Bauern und kleinen Leuten ihr Eigentum mit List und Gewalt ab und verwandelten das Ackerland in Schafweiden und Jagdgründe. Die armen Vertriebenen mußten ihre Heimat verlassen und ins Elend wandern. Der edle Lordkanzler Thomas More schildert in seiner „Utopia“ mit bitterem Ingrimm die Hartberzigkeit der Grundbesitzer, die Männer und Frauen, Kinder und Greise zu landlosen, beschloßenen Proletariern machten, er spricht von dem Lande, wo die Schafe die Menschen auffressen, und gießt die Schale seines Bohnens aus über die heutzutageigen Landverwüster. Die Scharen der verelendeten Menschen trieben sich zunächst als Vagabunden und Räuber im Lande herum, dann aber wurden sie von den neuentstehenden Großbetrieben an sich gezogen, diszipliniert und an die Arbeit gesetzt. Zu derselben Zeit lösten auch die Weltigen ihre Gefolgschaften auf, und die Leute, die bisher an den Höfen der Großen herumgelungert hatten, verloren die Existenz und wurden auf die Straße geworfen; sie mußten sich nach einem neuen Gewerbe umsehen und fanden ihn in den kapitalistischen Betrieben. Ferner wurden durch die mit Maschinen arbeitenden Fabriken und schon vorher durch die Manufakturen zahlreiche selbständige Handwerker ruiniert und ins Proletariat Hinabgeschwemmt. Auch die Frauen und die Kinderarbeit, die das Mittelalter in den Gewerben nicht gekannt hatte, kam auf, denn das Kapital zog Massen von Frauen und Kindern zur Bedienung der Maschinen heran und vermehrte dadurch ganz ungeheuer die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte. Auf der anderen Seite machten die aufkommenden Kraft- und Arbeitsmaschinen viele Hände entbehrlich und trugen dadurch zur Überfüllung des Arbeitsmarktes bei.

Die kapitalistischen Ausbeuter nützten diesen Vorteil zu ihren egoistischen Zwecken aus, und während sie die Freiheit der Arbeit in begeisterten Worten priesen, spannten sie die Arbeiter in das Joch der Lohnsklaverei. Sie waren nun imstande, die Arbeitskraft zu einem billigen, preislosen billigen Preise zu kaufen, indem sie den Arbeitslohn verminderten, die Arbeitszeit verlängerten und die Arbeitsintensität steigerten. Dadurch verschlechterten sie die Existenzbedingungen der proletarischen Unterschichten, und sie brachten es fertig, die große Masse des Volkes fürverlich und geistlich zu verelenden. Schmutzgebend sahen sie dem Alernarr auf dem Arbeitsmarkte zu, aber die Arbeiter wachten auf aus ihrem Schlummer. Sie rieben sich den Schlaf aus den Augen und waren nicht mehr gewillt, diesem grausamen Spiele unklug zuzusehen. Sie fingen an, ihre Kräfte zu sammeln und zu vereinigen, und kurz entschlossen nahmen sie den Kampf um die Arbeitskraft mit dem Unternehmertum auf. Und die Lämmer in den Hohn der Geaner griffen sie nach der Organisation als der stärksten Waffe im wirtschaftlichen Kampfe. So entstanden die fachgewerblichen Vereinigungen. Gleich nach der Märzrevolution des Jahres 1848 gründeten der Berliner Schriftfeger Stephan Vorn und gleichgesinnte Genossen Nachvereine, die den ausgesprochenen Zweck verfolgten, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erwirken und dadurch den Preis der Arbeitskraft zu steigern. Wenn diese jungen Mägen am Rande der Organisation auch bald dem Wischhauche der Reaktion zum Opfer fielen, so lebten sie doch bei erster Gelegenheit wieder auf. Heute sind die Gewerkschaften zu einer Macht geworden die auf dem Arbeitsmarkte ein gewichtiges Wort mitzusprechen hat; sie sind imstande gewesen, das Angebot von

Arbeitskräften zu regulieren und dadurch auf die Preisbildung der Ware Arbeitskraft einen bestimmenden Einfluß auszuüben. Die gewerkschaftlichen Erfolge auf dem Gebiete der Lohnhöhungen und der Arbeitszeitverkürzung sind ja allgemein bekannt.

Aber nicht nur auf dem Arbeitsmarkte zeigte sich ein Ueberangebot an Ware, sondern auch auf dem Warenmarkt trat allmählich eine Ueberfüllung ein. Infolge der gesteigerten Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit, die hinwiederum ihre Ursache hatte in der modernen Maschinentechnik und der verbesserten Arbeitsweise, wurden viel mehr Waren erzeugt und auf den Markt geworfen, als gebraucht wurden resp. gekauft werden konnten. Die Kaufkraft der modernen Völker hielt mit der Produktivkraft der Arbeit nicht gleichen Schritt, und so entstand eine Ueberproduktion an Waren, die manchmal eine Wirtschaftskrise herbeiführte, immer aber ein Herabdrücken der Preise, ja einen förmlichen Preissturz bewirkte. Die Kapitalisten, als die Besitzer und Verkäufer dieser Waren, empfanden die niedrigen Preise als eine Schädigung und sann auf Mittel und Wege, um die Preise wieder in die Höhe zu treiben. Hier bot sich ihnen die Organisation als das wirksamste wirtschaftliche Mittel, und dieselben Leute, die noch vor kurzem die freie Konkurrenz als das Allheilmittel gepriesen und die Organisation als das Grab der persönlichen Freiheit hingestellt hatten, waren ihre Prinzipien ins alte Eisen und wurden im Handumdrehen begeisterte Anhänger des Organisationsgedankens. Sie schlossen sich zusammen zu Trusts, Kartellen und Syndikaten, die unter Ausschaltung der freien Konkurrenz das Angebot der Waren regeln resp. beschränken sollten. Diese Unternehmerorganisationen lassen ihren Mitgliedern fast gar keine Bewegungsfreiheit mehr, sie üben vielmehr gegen die außenstehenden Kollegen, die die Schröpfung der Konsumenten nicht mitmachen wollen, einen Terrorismus aus, der die wirtschaftliche Vernichtung des Betroffenen als Ziel hat, gegen den der vielverlästerte gewerkschaftliche Terrorismus das reine Kinderspiel ist. Sie schreiben ihren Mitgliedern vor, wieviel Waren und welche Sorten Waren sie produzieren dürfen, welche Verkaufspreise sie nehmen müssen und in welchem Bezirke sie zu liefern haben. Die einstmaligen freien und selbstbewußten Unternehmer sind zu Sklaven des Syndikatsvorstandes geworden, deren Befehle sie ausführen und deren Kontrolle sie unterstehen; sie haben die Freiheit, das allerhöchste Gut, auf dem Altar des Gottes Mammon geopfert, um höhere Preise für ihre Waren zu erzielen, haben sie sich in die schmählichste Knechtschaft verkauft. Es ist eine bittere Ironie des Schicksals, daß die kapitalistischen Freiheitskämpfer sich viel drückendere Kesseln auferlegen als irgendeine Arbeiterorganisation.

Die große Masse der Konsumenten verspürte allmählich die Folgen der Kartellierung in der Industrie und dem Handel, die sich als Preiserhöhungen fühlbar machten. Hierdurch wurden die Käufer ausgerüstet und auf den wirtschaftlichen Zusammenschluß hingewiesen. Jetzt schlossen die Käuferorganisationen oder die Konsumgenossenschaften wie Pilze aus der Erde und entsfalteten eine segensreiche Tätigkeit, indem sie die Nachfrage nach Waren regulierten und die Güterverteilung organisierten. Der gemeinschaftliche Wareneinkauf und die planmäßige Verteilung der Waren an die Mitglieder der Genossenschaft verfolgte ja offenbar den Zweck, ein Gegengewicht zu schaffen gegenüber dem kartellierten Unternehmer- und Händlertum. Wenn sich die Warenproduzenten und Warenverkäufer kartellierten, um höhere Preise zu erzielen, so liegt ja nichts näher, als daß sich auch die Konsumenten und Käufer der Waren koalieren, um niedrigere Preise zu erzielen. Die Konsumgenossenschaften sind, rein wirtschaftlich betrachtet, also das natürliche Ergebnis des Kampfes um die Warenpreise. Charakteristisch ist in dieser Hinsicht, daß sich auch die Zwischenhändler zu Einkaufsgenossenschaften zusammenschließen, daß aber diese selben Leute die Konsumgenossenschaften als schädliche Einrichtungen bekämpfen. Das ist auch ein Beispiel jener kapitalistischen Doppelmoral, die heutzutage so häufig vorkommt, daß sie kaum noch auffällt.

Als letzten Ring in der Entwicklung von der Organisationslosigkeit zur Organisation finden wir die Arbeitgeberverbände, die in der Absicht gegründet worden sind, auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Einfluß zu gewinnen und damit den Preis der Ware Arbeitskraft herabzudrücken. Auf dem Arbeitsmarkte, auf dem einstmalig die reine Anarchie und der regellose Kampf herrschte, heben sich heute Arbeiter- und Arbeitgeberverbände als zwei bis an die Zähne bewaffnete Schlächtereien gegenüber. Die ersten wollen mit Hilfe des Streiks und auf andere Weise das Angebot an Arbeitskräften vermindern, um dadurch die Arbeitgeber zu zwingen, höhere Preise für die Arbeitskraft zu zahlen, die letzteren wollen im Gegenteil mit Hilfe der Aussperrung und auf andere Weise das Angebot von „Händen“ vermehren und die Arbeitslosigkeit vermindern, um dadurch die Arbeiter zu zwingen, ihre Arbeitskraft zu billigeren Preisen wegzugehen.

Wir kommen zum Schluß und fassen den Sinn unserer Ausführungen dahin zusammen: Auf dem Waren- und auf dem Arbeitsmarkte sind gleichermäßen Käufer- wie Verkäuferorganisationen entstanden, die gegeneinander einen erbitterten Preiskampf führen. Hierdurch ist das Grundprinzip des Kapitalismus, die schrankenlose Bewegungsfreiheit im wirtschaftlichen Leben, vollständig zusammengebrochen. Die Freiheitskämpfer des Frühkapitalismus sind verflungen und der Organisationsgedanke hat auf der ganzen Linie gesiegt. Von der Wucht dieser Tatsachen heißt keine Maus einen Faden ab.

### Der Hamburger Kampf.

II.

Die Stellung der Kampfparteien.

Am Abend des 20. März, als bereits in mehreren Betrieben die Arbeit ruhig und dieserhalb im Arbeitsnachweis einige Differenzen entstanden, fand abermals eine Sitzung statt, in welcher die Arbeitgebervertreter (es waren nur diejenigen anwesend, die sich schon immer bemüht hatten, den Frieden zu erhalten) an uns das Ersuchen stellten, unsere letzten Bedingungen nimmehr in ihrem ganzen Umfange schriftlich den Arbeitgebern zu überreichen, damit in der am 22. März stattfindenden Arbeitgeberversammlung ein letzter Versuch zur Einigung unternommen werden könne. Dem sind wir nachgegeben. Wir hatten während den verfloffenen Verhandlungen wiederholt Bezug genommen auf die zwischen den Zentralvorständen vereinbarte Vertragsvorlage, welche wir jetzt zur Grundlage unserer Forderungen machten mit den bereits oben erwähnten Bestimmungen über Arbeitszeit und Löhne. Wir hatten nur den Termin von 1914 gestrichen und als Äquivalent hierfür anstatt 5 1/2 Pf. nur 5 Pf. Lohn-erhöhung vorgeschlagen. Unsere schriftlichen Vorschläge lauteten so:

#### I. Arbeitszeit.

Die tägliche Arbeitszeit beträgt neun Stunden, mit Ausnahme des Sonnabends, an welchem Tage die Arbeitszeit eine siebenstündige ist (pro Woche 62 Stunden). Am 15. Februar 1913 wird die Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche verkürzt.

#### II. Arbeitslohn.

Der Mindestlohn steigt bis zum 15. Februar 1913:

- a) für Partettleger auf 78 Pf.,
- b) für Bauanschläger 73 Pf.,
- c) für alle übrigen Tischler, Maschinenarbeiter usw. auf 68 Pf.

#### III. Lohnaufschläge.

Alle bestehenden Löhne steigen bis zum 15. Februar 1913 um 5 Pf.

#### IV. Protokollarische Erklärungen zum Verträge.

Sämtliche bisher gegen den Holzarbeiterverband oder dessen Organe vom Arbeitgeberverband oder Mitgliedern desselben erhobenen Schadenersatzklagen sind mit der Unterzeichnung dieses Vertrages gegenstandslos geworden. Aus den bereits entwichenen Klagen dürfen irgendwelche Rechte nicht hergeleitet werden.

Weitere Schadenersatzklagen aus diesem Verträge gegen eine der vertragschließenden Organisationen sind für die Zukunft ausgeschlossen.

Der paritätische Arbeitsnachweis erstreckt sich auf alle dem Verträge unterstehenden Branchen und Betriebe.

Die Vertreter der Arbeitgeber nahmen die mit diesen Forderungen enthaltene, von uns nach dem zentralen Muster aufgestellte Vertragsvorlage entgegen, und einige von ihnen gaben in gleicher Weise wie wir der Meinung Ausdruck, daß es doch noch gelingen würde, in letzter Stunde einen Vergleich zustande zu bringen.

Wer sich jedoch bitter enttäuscht sah von dem Verlauf der Arbeitgeberversammlung, das waren alle diejenigen, welche auf einen Umschlag der Kampfesstimmung im Schutzverbandslager gerechnet hatten. Das Hamburger „Echo“ berichtete über den Verlauf der Versammlung: „Die Situation im Holzgewerbe hat durch die Stellungnahme der Arbeitgeberversammlung vom 22. März eine gewaltige Verschärfung erfahren. Nach den von „berufenen Matgebern“ vom Stapel gelassenen Scharfmacherreden fehlte eine richtige Kurraffirmation ein. Dem Holzarbeiterverband Kampf bis aufs Messer! Das war die Parole und von einer friedlichen Beilegung der Differenzen war keine Rede mehr.“

Am 27. März fand eine zweite Arbeitgeberversammlung statt, in welcher die allgemeine Aussperrung beschlossen wurde. In der bürgerlichen Presse wurden die Beschlüsse der Arbeitgeberversammlung wie folgt publiziert:

„Morgen (Dienstag) abend sind sämtliche Leute, soweit sie dem Holzarbeiterverbände angehören und in Lohn arbeiten, zu entlassen. Alle Akkordarbeiter sollen solange in Arbeit gehalten werden, bis die betreffende Akkordarbeit fertiggestellt ist. Ueber die Dauer der Akkordarbeit ist jeder Arbeitgeber verpflichtet, der Kommission unverzüglich Mitteilung zu machen. In Notfällen können nur aus zwingigen Gründen Ausnahmen zugelassen werden.“

Alle, die sich diesen Beschlüssen nicht fügen, sind der Kommission sofort namhaft zu machen. Alle, an die der Ruf zur Mitarbeit in einer Kommission ergeht, haben diesem Rufe sofort Folge zu leisten. Alle Mitglieder sind verpflichtet, ihre Betriebe denjenigen, die sich als Mitglieder der Kommission legitimieren, jederzeit zu zeigen.“

Sehr auffällig wirkte es, daß jetzt in den Versammlungen der Arbeitgeber die Frage des Arbeitsnachweises gänzlich in den Hintergrund trat und der Widerstand sich angeblich nur gegen die eingereichte Vertragsvorlage richtete. In der bürgerlichen Presse ließ der Schutzverband Erklärungen des Inhalts los:

„Gegen einen paritätischen, d. h. von Arbeitgebern und Arbeitern gemeinschaftlich verwalteten Arbeitsnachweis würde an sich nichts einzuwenden sein — — —“



Daraus darf man aber nicht schließen, daß der Schutzverband seinen prinzipiell ablehnenden Standpunkt gegenüber dem partiellischen Arbeitsnachweis aufgegeben hätte. Er glaubte vielmehr schon, daß der partiellische Arbeitsnachweis bereits endgültig beseitigt sei; deshalb leistete er sich diese Sprache mit der Absicht, die Arbeiter irrezuführen.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ ließ sich von „unterrichteter Seite“ schreiben:

„Der Deutsche Holzarbeiterverband ist in seiner Presse und in seinen Mitgliederversammlungen eifrig bemüht, die Aufmerksamkeit der an dem Arbeiterkampf in der Holzindustrie beteiligten Kreise und des allgemeinen Publikums von dem eigentlichen Kampfobjekt abzulenken und die Ungelegenheit so darzustellen, als ob der Konflikt lediglich infolge der Ablehnung des partiellischen Arbeitsnachweises durch die Arbeitgeber entstanden sei. Tatsächlich wurde der Ausbruch des Kampfes von dem Holzarbeiterverband dadurch geradezu heraufbeschworen, daß in letzter Stunde den Arbeitgebern ein Vortragsentwurf unterbreitet wurde, dessen Inhalt in vielen Punkten geradezu unannehmbar ist.“

Und dann geht es über die einzelnen Forderungen her, wonach

„künstlich junge und ältere, ungeübte und eingearbeitete, schlechte und gute Arbeiter annähernd denselben Lohn erhalten sollten —“

„Die zahlreichen neuen Forderungen der Arbeiter über die Akkordarbeit sind dazu angetan, den Arbeitgeber in weitgehendster Weise zu entrechteten. Ihre Anerkennung würde das Bestimmungsrecht der Arbeitgeber in den eigenen Betrieben direkt illusorisch machen. Geradezu unverständlich ist die geforderte Höhe der Zuschläge für Arbeiten außerhalb der Werkstätte, so daß eine Verständigung hierüber ausgeschlossen sein mußte.“

Die Forderung des Deutschen Holzarbeiterverbandes aber, jede Schadenersatzansprüche aus dem vereinbarten Verträge auszuschließen, zeigt die offenkundige Absicht der Arbeiter, sich künftig immer, wenn es ihnen paßt, über die Vertragsbestimmungen hinwegsetzen zu wollen.

— Ohne ein Klagerrecht hat ein Vertrag für die Arbeitgeber überhaupt keinen Wert.“

Zum Schluß schrieb die „Arbeitgeberzeitung“:

„Aus dem Vorstehenden werden auch fernstehende Kreise erkennen können, was in Wirklichkeit das Kampfobjekt in dem Kampf im Hamburger Holzgewerbe ist.“

Das sind nur einzelne Skizzen, die zeigen, in welcher Weise die Hege in den Reihen der Arbeitgeber betrieben wurde. Es war in der Tat unbeschreiblich, was in dieser Beziehung geleistet worden ist. Die vernünftigeren Elemente der Arbeitgeber durften sich nicht mehr hervortun, die Trabanten und Kostgänger des Arbeitgeberverbandes „Unterelbe“ hatten das Szepter in der Hand, wofür ihnen weitgehende materielle Unterstützungen von jener Seite zur Verfügung gestellt wurden. Von irgendwelchem festumschriebenen Programm oder Kampfsziel war keine Rede, der Arbeitsnachweis war nach Meinung dieser Strategen schon gänzlich abgetan, es galt nunmehr, dem Holzarbeiterverband das Antie in den Rücken und die Faust aufs Auge zu setzen, es war eine Kampfes- und Durraufimmung eingerissen, die weiter nichts mehr zu Worte kommen ließ als den einen Ruf: der Holzarbeiterverband muß zu Boden gestreckt werden! Sehr zutreffend bemerkte damals das Hamburger „Echo“: „In diesem Kampfe handelt es sich nicht mehr um die wirklichkeitsmäßigen Forderungen der Arbeiter, sondern um die Scharfmacherprinzipien.“

Unter tosendem Beifall der Arbeitgeber erklärte deren Referent in einer Versammlung am 13. April:

„Es ist von einem höheren Gerichtsbeamten an einzelne Firmeneinhaber die Anfrage gerichtet worden, ob sie zu eventuellen Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht bereit seien. Im Namen der Vorstände gebe er (der Referent) hier die offizielle Erklärung ab, daß die Arbeitgeber, solange die aufgestellten Forderungen nicht geändert seien, sich auf etwaige Einigungsverhandlungen unter keinen Umständen einlassen würden.“

Es standen also alle Anzeichen auf heftigen Sturm. Ein ehrlicher Friede wurde von der Gegenseite nicht mehr gewünscht und selbst wenn unsere Kollegen den Willen zum Nachgeben bekundet hätten, es hätte doch nicht zum Frieden geführt. Heute läßt sich ermesien, wie schlecht die Arbeitgeber heraten waren, als sie in solch prozogenhafter Weise auf die völlige Vernichtung des Gegners hinarbeiteten, aber das alles muß man auch bedenken, wenn man sich einen Begriff von der Verantwortung machen will, die zu jener Zeit auf den Schultern unserer Kollegen ruhte. Es galt, einen Abwehrkampf in des Wortes ernstester Bedeutung zu bestehen!

(Fortsetzung folgt.)

### Die Konferenz der Maschinenarbeiter, Schneidemüller, Säger usw.

tagte vom 12. bis 14. November im Lokal zur „Alten Schießstätte“ in München. Auf derselben waren 48 Städte durch 61 Delegierte vertreten. Der Verbandsvorstand hatte den Verbandsvorsitzenden Kollegen Leipart sowie den Redakteur Kollegen Kasper entsandt. Der Einladung zur Teilnahme an den Verhandlungen hatte die Gewerbeinspektion für Oberbayern durch Entsendung des Gewerbe-Oberinspektors Henne-München entsprochen; für die Gewerbeinspektion

München war Gewerbeassessor Schläffer erschienen. Die Bayerische Holzindustrie-Berufsgenossenschaft war durch ihren Vorsitzenden Schreinermeister Pfleger-Regensburg, den stellvertretenden Geschäftsführer Hofmann-München und den technischen Aufsichtsbeamten Gumbart-München vertreten. Die Südwestdeutsche Holzberufsgenossenschaft hatte den Geschäftsführer und technischen Aufsichtsbeamten Hofmann-Stuttgart entsandt. Außerdem war auch der Bayerische Landesgewerbearzt Dr. Bölsch erschienen.

In das Bureau wurden die Kollegen Leipart und Attenhöfer-München als Vorsitzende und Widmüller-Berlin und Goldammer-Dresden als Schriftführer gewählt. Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde angenommen, aber beschlossen, die beiden ersten Punkte, nämlich: „Die Unfallgefahren an den Holzbearbeitungsmaschinen“ und „Die Forderungen der Maschinenarbeiter, Säger usw. an die Berufsgenossenschaften, an die Gewerbeinspektion und an die Gesetzgebung“ gemeinsam zu behandeln. Als Referent für den ersten Punkt ist bestimmt

Jaed-Berlin. Er behandelte einleitend die Unfallstatistik. In den 25 Jahren von 1886 bis 1900 sind bei sämtlichen gewerblichen Berufsgenossenschaften 8745 000 Unfälle gemeldet worden. Hier von wurden 2 001 000 entschädigt. Als Unfallfolge wurde festgestellt in 163 267 Fällen der Tod des Verletzten, in 42 430 Fällen trauernde, völlige Erwerbsunfähigkeit, in 658 548 Fällen dauernde teilweise Erwerbsunfähigkeit und in 837 751 Fällen vorübergehende, teilweise Erwerbsunfähigkeit ein. Die Zahl der entschädigten Unfälle geht ständig zurück. So wurden zum Beispiel noch im Jahre 1907 144 703 Unfälle als entschädigungspflichtig anerkannt, im Jahre 1900 war aber diese Zahl schon auf 139 170 zurückgegangen.

In den 15 Jahren von 1895 bis 1900 kamen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf je 1000 versicherte Personen 46,72 Unfallmeldungen, bei den vier Berufs-genossenschaften der Holzindustrie in dem gleichen Zeitraum 45,84 Meldungen. Entschädigt wurden in dieser Zeit in sämtlichen gewerblichen Berufsgenossenschaften auf je 1000 Versicherte 7,70 Personen, bei den Holzberufsgenossenschaften aber 11,44 Personen. Daraus ist zu schließen, daß die Unfälle in der Holzindustrie meist schwere sind. Eine auf die vier Holzberufsgenossenschaften bezügliche Zusammenstellung, die sich auf die sechs Jahre von 1904 bis 1910 erstreckt, ergibt:

| Holzberufsgenossenschaft | Auf je 1000 Versicherte gemeldete Unfälle | Von den gemeldeten Unfällen entschädigte Personen | Von den gemeldeten Unfällen entschädigt Prozent |
|--------------------------|---|---|---|
| Sächsische               | 39,86                                     | 10,95   | 27,81   |
| Norddeutsche             | 49,88                                     | 11,02   | 22,32   |
| Bayerische               | 50,85                                     | 15,—  | 29,50   |
| Südwestdeutsche          | 36,75                                     | 12,08   | 35,27   |

Im Mentonguellschen ist also die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft am leistungsfähigsten. Ihre Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiete läßt sich durch eine Menge von Beispielen belegen.

Wird es wohl kaum gelingen, die Unfälle völlig zu beseitigen, so muß doch alles daran gesetzt werden, ihre Zahl herabzumindern. Das Reichsversicherungsamt berechnet die Unfallhäufigkeit, indem es die Zahl der Verletzten mit der der versicherten Arbeiter vergleicht. Wenn sich hierbei ergibt, daß in der Holzindustrie 4 bis 5 Proz. der Versicherten einen Unfall erleiden, so ist das irreführend; denn die der Unfallgefahr am meisten ausgesetzten Maschinenarbeiter bilden nur einen kleinen Teil der Versicherten. Eine von den Berliner Maschinenarbeitern aufgenommene Statistik hat ergeben, daß in dem Untersuchungsjahr 1904/05 57,24 Proz. der Maschinenarbeiter einen Unfall erlitten haben. Von den Verunglückten waren 9,58 Proz. unter 21 Jahre alt, dagegen 70,6 Proz. im Alter von 21 bis 45 Jahren.

Die meisten Unfälle kommen an der Fräse vor, doch sind die Verletzungen verhältnismäßig leicht. Sehr schwere Verletzungen verursachen dagegen Kreisfräse und Abrichtmaschine. In bezug auf die letztgenannte Maschine ist seit der Einführung der runden Messerwelle eine bedeutende Besserung eingetreten, es ist deshalb sehr zu bedauern, daß diese noch nicht allgemein eingeführt ist. Die Verletzungen der Maschinenarbeiter sind meist Handverletzungen, und zwar ist infolge der Konstruktion der Maschinen und der Arbeitsweise an ihnen, vornehmlich die linke Hand gefährdet.

Die Unternehmer wenden der unsicheren Gestaltung des Betriebes noch viel zu wenig Aufmerksamkeit zu, und das Eingreifen der Maschinenarbeiter wird sehr ungenutzt. Oft genug wird die Benachrichtigung des Gewerbeinspektors mit Entlassung geahndet. Die Anordnungen des Gewerbeinspektors bleiben nicht selten unberücksichtigt, und die Polizeibeamten, die zur Nachrevision geschickt werden, sind hierfür oft wenig geeignet. Weitere Unfallursachen sind enge Arbeitsräume und schlechte Beschaffenheit der Maschinen. Letztere Ursache ist allerdings seltener, weil der Unternehmer an der Instandhaltung der Maschine in höherem Maße interessiert ist, als an der Sicherheit des Arbeiters. Dagegen spielen schlechtes Material, schlechte Beleuchtung, ungenügende Heizung und insbesondere auch die Akkordarbeit eine bedeutende Rolle als Unfallursache. Eine ständige Plage sind mangelhafte oder fehlende Schutzvorrichtungen. Für das Nichtbenutzen vorhandener Schutzvorrichtungen wird gern der Arbeiter verantwortlich gemacht, meist mit Unrecht. Die Schutzvorrichtungen sind manchmal unpraktisch, und die Treiberei des Unternehmers veranlaßt die Arbeiter nicht selten, ohne den erforderlichen Schutz zu arbeiten. Die Entfernung einer Schutzvorrichtung kann aber unter keinen Umständen gebilligt werden. Jeder Unternehmer ist in der Lage, für praktische Schutzvorrichtungen zu sorgen und ihre Benutzung zu erzwängen. Wir begrüßen es, wenn die Behörden durch energische Maßnahmen für die Benutzung der Schutzvorrichtungen sorgen. Eine große Gefahr bedeutet die Verwendung ungeübter Arbeiter an Maschinen. Sehr viele Unfälle, insbesondere auch an der Kreisfräse, werden dadurch verschuldet. In Zeiten flotten Geschäftsganges muß hastiger gearbeitet werden und es werden mehr ungeübte Arbeiter eingestellt.

Die Folgen treten in der Unfallstatistik deutlich in Erscheinung; die Jahre der Hochkonjunktur zeichnen sich durch ein erhebliches Ansteigen der Unfallziffern aus.

Die Kontrolle der Betriebe ist unzureichend, die Zahl der Gewerbeinspektoren und der Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften ist zu klein. Obwohl letztere nur einen kleinen Teil der Betriebe revidieren, werden doch nur verhältnismäßig wenige in Ordnung befunden. Die Kontrolle durch die Gewerbeinspektoren ist mitunter recht mangelhaft; man kann beobachten, daß sie mangels spezieller Sachkenntnisse offensichtliche Mängel unbeachtet lassen und daß sie vom Unternehmer dupiert werden. Wir müssen unsere Kollegen dazu erziehen, daß sie die Schutzvorrichtungen unter allen Umständen benutzen. Seit dem Bestehen des Schnapsboykotts ist der Alkoholgenuß stark zurückgegangen, wir müssen aber dafür sorgen, daß das Schnapsstrinken völlig beseitigt wird. Die durch den Verband fortgesetzt angestrebte Arbeitszeitverkürzung bedeutet ebenfalls eine Verminderung der Unfallgefahr. Indem wir die Bestrebungen unserer Organisation unterstützen und fördern, für kurze Arbeitszeit und hohe Löhne einstreben, leisten wir nicht nur ein großes Stück Kulturarbeit, sondern wir schützen dadurch auch direkt unsere gesunden Glieder. (Lebhafter Beifall.)

In der Nachmittagsitzung hielt zunächst Kollege Kaitz das Referat, dessen Inhalt im Zeitartikel der heutigen Nummer skizziert ist. Nachdem seine lebhaft diskutierte Rede, die auch am Montag bis zur Mittagspause fortgeführt wird. Wir müssen es uns versagen, an dieser Stelle die einzelnen Diskussionsreden wiederzugeben. Im ganzen läßt sich der Eindruck der Debatte dahin wiedergeben, daß die Zustände in diesen Maschinenbetrieben weit schlimmer sind, als bisher vielfach angenommen wurde. Daß die Kollegen bei der Schilderung der Betriebsverhältnisse Uebertreibungen vermeiden haben, kann man daraus schließen, daß sie das Gute, das vorhanden ist, gern anerkannt. So konnten die Vertreter von Dresden und Leipzig berichten, daß an ihren Orten Betriebe existieren, die als Musterbetriebe angesprochen werden können. Grauenhafte Zustände scheinen nach den Schilderungen der Kollegen aus Memel und Tilsit im Osten des Reiches zu herrschen. Die Schutzvorrichtungen sind äußerlich mangelhaft, Staubabsaugung so gut wie unbekannt. Vielfach findet man Jungen von 14 Jahren an den Maschinen. In den Schneidemühlen ist der Unfallschick so mangelhaft, daß es zum Beispiel üblich ist, die Stämme zum Schneiden auf der Gatterfräse einzurichten, während sich die Säge im Gang befindet. Akkordarbeiter in den Schneidemühlen verdienen bei 17stündiger Arbeitszeit 1,80 Mark im Tag. Die Kreisfräsen stehen vielfach fast ungeschützt im Freien, so daß im Winter bei der Arbeit Handschuhe getragen werden. Sehr zahlreich sind die Unfälle in den Mundholzsägewerken, in welchen das Material für Zigarettensticken und für Spertholz hergestellt wird.

In den bayerischen Sägewerken sind aber die Verhältnisse um kein Haar besser. In den ländlichen Betrieben geht die tägliche Arbeitszeit kaum unter 14 Stunden herab, oft beträgt sie bis 18 Stunden. Dabei sind die Bauarbeiten nicht selten so primitiv, daß die Arbeiter schwer unter der Luft zu leiden haben. Hier trifft man Frauen nicht nur an gefährlichen, oft ungenügend geschützten Maschinen, sie werden auch dazu verwendet, die getriebenen Stämme aus dem Wasser zu holen, eine schwere und äußerst lebensgefährliche Arbeit.

Aus den Holzbearbeitungsbetrieben fehlt fortwährend die Klage wieder, daß die Räume zu eng, die Schutzvorrichtungen unzureichend sind. Die Staubabsaugung an den Maschinen wird sehr häufig vernachlässigt. Die energischen Bemühungen der Südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft um die Einführung der runden Sicherheitswelle werden rühmend anerkannt. Der Eifer der übrigen Berufsgenossenschaften auf diesem Gebiet läßt noch viel zu wünschen übrig. Das gleiche gilt auch für manche Unfallverhütungsvorschriften, die nur bei der Südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft Aufnahme gefunden haben. Auffällig oft wird die Klage laut, daß die Unternehmer von der bevorstehenden Ankunft der Kontrollbeamten unterrichtet sind und die Betriebe für den Besuch instand setzen lassen. Mangelnde Spezialkenntnisse der Gewerbeinspektoren, welche sie Mängel übersehen läßt, die jedem Sachmann ins Auge fallen, wird verschiedentlich durch Beispiele belegt. Beklagt wird auch darüber, daß die Anordnungen der Revisionsbeamten nicht ausgeführt werden. Oft dauert es jahrelang, bis der Betrieb einer neuen Revision unterzogen wird. Die Polizeibeamten, die manchmal beauftragt werden, die Durchführung einer Anordnung zu kontrollieren, sind hierfür völlig ungeeignet. Das wird sehr drastisch an einem Beispiel aus Fürth belegt. Dort sollte ein Unternehmer auf Anordnung des Fabrikinspektors einen Ventilator anbringen. Er ließ vier Bretchen an ein Stück Rundholz nageln und dieses Gestell in dem für den Ventilator in die Wand geschlagenen Loch befestigen. Der Polizeibeamte, der zur Nachrevision erschien, war von diesem „Ventilator“ völlig befriedigt.

Aus Bremen und Bremerhaven wird über zum Teil ernste Ertränkungsfälle infolge Verarbeitens von giftigem Holz berichtet. Während eine Reihe von Rednern ausdrücklich konstatierten, daß der Schnapsgenuß in den Betrieben stark zurückgegangen oder auch völlig beseitigt ist, berichtet der Delegierte aus Köln, daß dort noch in manchen Betrieben ziemlich viel Schnaps konsumiert wird. Sehr häufig kehrt die Klage über Antreiberi wieder. Diese geschieht nicht nur durch die Unternehmer, sondern oft genug von den Fischlern, die im Akkord arbeiten. In den Kundenbetrieben, in denen die kleinen Meister ihr Holz richten lassen, besteht noch die allerdings mehr und mehr in Abgang kommende Innstie, die Maschinenarbeiter durch kleine Geldgeschenke oder durch Getränke zu schnellerer Fortsetzung der Arbeit zu bewegen. Von verschiedenen Seiten wird mitgeteilt, daß wohl Kollegen in die Kommission zur Begutachtung der Unfallverhütungsvorschriften gewählt sind, daß diese Kommissionen aber nicht einberufen werden. In dieser Beziehung wird jedoch die Reichsversicherungsordnung eine Besserung bringen, indem im § 857 derselben das alljährliche Stattfinden einer Sitzung unter



Singuzichung der Vertreter der Versicherten vorgeschrieben ist. — Außer den hier erwähnten wurden noch manche andere Mängel berührt, auf die wir jedoch nicht näher eingehen können. Erwähnenswert ist noch ein Fall, den ein Dresdener Delegierter zur Sprache brachte. Wie in manchen anderen Orten, so gehören auch die Maschinenarbeiter in Waldheim statt dem für sie zuständigen Holzarbeiterverband dem Verband der Fabrikarbeiter an, dessen Beiträge niedriger sind. Das hat für sie zur Folge, daß ihre Arbeitszeit länger, der Lohn aber niedriger ist, als bei den Tischlern, da sie bei einer Lohnbewegung der Holzarbeiter, bei welcher jene Verbesserungen erzielt wurden, außer Betracht bleiben mußten.

Am Montagmittag wurde die Debatte geschlossen und der Nachmittag zu einem Besuch im Bayerischen Arbeitermuseum verwandt. Unter der Führung des Direktors dieser Anstalt wurden die Abteilungen für Staubschutz und Tuberkulosebekämpfung, vornehmlich aber die Holzbearbeitungsmaschinen und die zahlreich vorhandenen Schutzvorrichtungen einer eingehenden Besichtigung unterzogen. Hieran schloß sich am Abend ein Lichtbildervortrag des Kollegen Schürmann-Stuttgart über: Unfallverhütung und Arbeiterschutz in der Holzindustrie.

In der Sitzung am Dienstag wurde, nachdem die Kollegen Fack und Kalth in ihren Schlussworten die in der Diskussion zutage geförderten Momente gewürdigt hatten, zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge geschritten. Eine Reihe von Anträgen ist durch die Annahme der von Kalth eingebrachten Resolution erledigt. Angenommen wurden folgende Anträge: Die Gewerbeinspektoren sollen die Betriebe unangemeldet und nicht in Begleitung des Arbeitgebers kontrollieren. — Bei der Revision der Betriebe soll mehr als bisher auf die allzu enge Zusammenstellung der Maschinen geachtet werden. Die Revision soll auch während der Arbeitszeit geschehen. — Die runde Messermesse ist obligatorisch einzuführen. — An Holzbearbeitungsmaschinen sind Gehäusen obligatorisch anzubringen. — Ungezogene Souterrain- und Kellerräume sind als Maschinenräume nicht zu genehmigen. — An Holzbearbeitungsmaschinen dürfen nur die dazu eingestellten Arbeiter bezw. die im Gebrauch der Maschine speziell unterwiesenen Personen beschäftigt werden.

Für den nächsten Punkt der Tagesordnung: „Das Rechtsstreitverfahren in der Unfallversicherung und die Unfallrentenfestsetzung“ war als Referent der Landtagsabgeordnete Timm vorgesehen, der jedoch am Erscheinen verhindert war. (In diesem Tage erfolgte die Auflösung des bayerischen Landtages.) An seiner Stelle referierte der Arbeiterssekretär Kollege

Dollesehel, München. Er bespricht einleitend die Entwicklung der Unfallversicherungsgesetzgebung und im Anschluß daran die einschläglichen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung. Dann schildert er den Geschäftsgang in Unfallfällen und zeigt an einer Reihe von Beispielen die Inkorrektheit, mit der die Berufsgenossenschaften und die Organe der Rechtsprechung in Unfallfällen gegen verletzte Arbeiter vorgehen. Das Streben dieser Organe ist fast stets darauf gerichtet, dem verletzten Arbeiter die Rente vorzuenthalten. Ist der Rentenanspruch anerkannt, dann beginnen recht bald die Versuche, die Rentenhöhe herabzudrücken. Dabei kommen die Berufsgenossenschaften, Schiedsgerichte und auch das Reichsversicherungsamt sehr häufig zu Entscheidungen, die jedem Menschlichkeitsgefühl Hohn sprechen. Solche Entscheidungen stützen sich in der Regel auf die Gutachten der Vertrauensärzte, die mit den Begriffen „Besserung“ und „Gewöhnung“ in einer Weise umspringen, die in schärfstem Gegensatz zu dem gesunden Menschenverstand steht. Der Referent schließt mit der Mahnung an die Organisationsmitglieder, bei der Wahl der Vertreter zu den Instanzen der Versicherungsgesetzgebung die nötige Vorsicht walten zu lassen und nur die tüchtigsten Kollegen zu wählen. (Lebhafte Beifall.)

Hierzu liegen folgende Anträge vor, die nach kurzer Diskussion angenommen werden: Jugendliche Arbeiter oder Lehrlinge, welche vor beendeter Lehrzeit einen Unfall erleiden, erhalten nach beendigter Lehrzeit, spätestens aber mit dem zwanzigsten Lebensjahre, dieselbe Rente wie ein gleichwertiger Arbeiter des Berufes. — In Anbetracht, daß die Unfallrenten seit Inkrafttreten des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes noch keiner Revision unterzogen wurden, fordert die Maschinenarbeiterkonferenz von der Gesetzgebung, daß die bestehenden Renten sofort und in Zukunft alle Unfallrenten mindestens alle fünf Jahre einer Revision, den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend, unterzogen werden. — Die Maschinenarbeiter sind bei der Rentenfestsetzung als qualifizierte Arbeiter zu betrachten. — Im Rechtsstreitverfahren sind die staatlichen Kontrolleure als Sachverständige zuzulassen.

In der Nachmittagsitzung wird zunächst beschlossen, eine Zentralkommission der Maschinenarbeiter, Schneidermüller, Säger und Hilfsarbeiter zu errichten, die ihren Sitz in München haben soll. Hierbei wird zum Ausdruck gebracht, daß der Holzarbeiterverband den Anspruch, den die Verbände der Fabrik- und der Transportarbeiter auf die Arbeiter, die auf den Holzplätzen beschäftigt sind, zum Teil sogar auf die Arbeiter an den Holzbearbeitungsmaschinen erheben, nicht als berechtigt anerkennen kann. Alle diese in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter gehören zum Deutschen Holzarbeiterverband.

Die neue Zentralkommission soll neben den den übrigen im Verband bestehenden Zentralkommissionen zustehenden Aufgaben auch die Förderung des Unfallschutzes in der Holzindustrie als ihr Spezialgebiet betrachten.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß während der Dauer der Konferenz in einem Nebenraum eine Ausstellung untergebracht war, die hauptsächlich das auf den Unfallschutz in der Holzindustrie bezügliche Material — vornehmlich Photographien — enthielt, welches der Verband gesammelt hat, um es auf der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden zur Vorführung zu bringen. Eine

ganze Anzahl von photographierten Arbeitsräumen lassen die Mängel, die in diesen Betrieben herrschen, deutlich erkennen. Beim Anblick solcher Maschinenfälle erkennt man leicht den Zusammenhang, der zwischen den Arbeitsstätten und der Menge der verstümmelten Hände besteht, die ebenfalls im Bilde vorgeführt werden. Die Ausstellung will aber nicht abschreckend wirken, sondern die Dinge darstellen, wie sie sind. Sie zeigt daher auch einige Betriebswerkstätten, in welchen allen berechtigten Anforderungen an Unfallverhütung und Staubschutz entsprochen ist und die als Musterbetriebe gelten können.

Diese Ausstellung soll nun auf Beschluß der Konferenz zusammengehalten werden. Sie geht in die Verwaltung der Zentralkommission über, die sich bemühen soll, sie zu erweitern, um sie zu einer permanenten Ausstellung für Arbeiterschutz in der Holzindustrie auszugestalten. Dieselbe soll als Wanderausstellung gebacht sein, die in den verschiedenen Teilen des Reiches vorgeführt werden wird.

In den einzelnen Jahrestellen sollen Sektionen der Maschinenarbeiter, Säger und Holzplaharbeiter errichtet werden. Es bleibt hier den Kollegen überlassen, den örtlichen Verhältnissen entsprechend entweder gesonderte Sektionen für die einzelnen Branchen einzurichten, oder diese in eine Sektion zusammenzufassen. Die Sektionsverwaltungen sollen als örtliche Unfallschutzkommissionen fungieren, doch steht es den Sektionen frei, besondere Kommissionen für den Zweck zu wählen.

Ein Antrag, der den Verbandsvorstand ersucht, mit strengen Maßnahmen gegen solche Maschinenarbeiter vorzugehen, die, ohne vom Unternehmer dazu veranlaßt worden zu sein, im Akkord arbeiten, wird angenommen. Eine größere Debatte verursachen einige Anträge, in denen gefordert wird, daß bei Tarifabschlüssen für Maschinenarbeiter der gleiche oder ein höherer Lohn vereinbart werden soll, als für die Tischler. In der Diskussion wird darauf hingewiesen, daß die bisher in dieser Beziehung bestehende Ungleichheit zum Teil daher rührt, daß in den verschiedenen Gegenden an die Qualifikation der Maschinenarbeiter sehr verschiedene Anforderungen gestellt werden. Da diese Frage noch nicht spruchreif erscheint, wird von einer Beschlußfassung abgesehen.

Mehrere Anträge, die die Sammlung und Veröffentlichung von Material über den Unfallschutz zum Gegenstand haben, werden der neu zu wählenden Zentralkommission überwiesen. Ein Antrag, besondere Legitimationen für die Maschinenarbeiter, mit welchen die Münchener Kollegen sehr gute Erfahrungen gemacht haben, allgemein einzuführen, wird abgelehnt. Diese Angelegenheit soll nach den örtlichen Bedürfnissen geregelt werden. Zum Schluß entspinnt sich noch eine interessante Debatte über die zweckmäßigste Agitation unter den Berufsgenossen, die das Ergebnis hat, daß die Zentralkommission beauftragt wird, in Verbindung mit dem Verbandsvorstand und den Gewerkschaften zwei bedeutende Flugblätter herauszugeben.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Vorsitzende Leipzig wirft einen Blick auf die geleistete Arbeit. Er erinnert hierbei u. a. an die Gründung der ersten selbstständigen Organisation der Maschinenarbeiter im Jahre 1800. Ein Vergleich jenes Kongresses, dessen Teilnehmer in Gewerkschaftsfragen noch völlig unerfahren waren, und die deshalb den gestellten Aufgaben recht hilflos gegenüberstanden, mit dieser Konferenz, läßt deutlich den riesigen Fortschritt erkennen, der in den letzten 21 Jahren erzielt wurde. Die Gewerkschaften haben sich seither gewaltig entwickelt. Nicht nur die materiellen Verhältnisse der Berufsgenossen haben eine bedeutende Verbesserung erfahren, auch deren Intelligenz hat ganz bedeutend zugenommen, wie die interessantesten Debatten zeigten, die auf der nun beendeten Konferenz geführt wurden. Leipzig schließt mit einem Hoch auf den Deutschen Holzarbeiterverband, in das die Anwesenden begeistert einstimmen.

## Soziales.

### Aus dem Reichstage.

Als der Reichstag nach einer kurzen Pause am 7. November wieder zusammentrat, standen der Handels- und Schiffsahrtsvertrag mit Japan und der Auslieferungsvertrag mit England auf der Tagesordnung, zwei Angelegenheiten, die ohne große Aufregung erledigt wurden. Das ganze Interesse konzentrierte sich auf die bevorstehenden Marokkoverhandlungen. Um die Kräfte zu sammeln, hatte man den 8. November noch sühnungsfrei gelassen, dafür war der 9. November ein sogenannter großer Tag. Die Reichsboten hatten sich sehr zahlreich eingefunden, auf der Bundesratsstraße ein großes Gedränge und die Galerien für das Publikum überfüllt. Der Reichskanzler selbst, ein seltener Gast im Parlament, hatte es übernommen, der Volksvertretung über das Ergebnis der langen Verhandlungen mit Frankreich Bericht zu erstatten. Er befand sich hierbei in einer nicht sehr angenehmen Situation. Das Marokkoadkommen hatte in der Regierung selbst ersten Widerspruch gefunden und der Staatssekretär für die Kolonien, v. Lindemann, hatte sogar die Konsequenzen gezogen und seinen Abschied genommen.

Für die Kriegsbefehrer, die in der Fahrt des „Panther“ nach Agadir den Beginn einer neuen Ära erblickt hatten, bedeutet freilich das Abkommen mit Frankreich eine große Enttäuschung. Sie träumten davon, Deutschland in einen Krieg zu treiben und dadurch die Aufmerksamkeit des Volkes von den elenden Zuständen im Innern abzulenken. Das namenlose Elend, welches ein Krieg zwischen zwei großen Kulturnationen heraufbeschwört, hat für sie keinen Schrecken. Es sind ja nur die Kinder des Volkes, die zur Schlachtbank geführt werden. Und der wirtschaftliche Zusammenbruch, der eine notwendige Begleiterscheinung des Krieges ist, bietet ihnen treffliche Gelegenheiten, den eigenen Reichtum zu erhöhen. Hat also das deutsche Volk alle Ursache, sich zu freuen, daß es wegen der afrikanischen Sandwüsten nicht zum Kriege gekommen ist, so besteht andererseits durchaus keine Veranlassung, über den Erfolg Deutschlands bei den diplomatischen Verhandlungen zu jubeln. Es scheint im Gegenteil, daß die Weismann-Hollweg und Ribbles-Waechter von ihren französischen

Kollegen nach allen Regeln der Kunst eingewickelt wurden. Deutschland vergleicht auf Landerwerbungen in Marokko. Die Tauben hängen dort zu hoch, deshalb sagt die Regierung jetzt, sie hätte solche Absichten nie gehabt, und es ist nicht ganz unmöglich, daß es Leute gibt, die es gar glauben. Dafür erhält Deutschland ein Gebiet von 275 000 Quadratkilometern in Mauretanien, wogegen es nur ein Stückchen von 12 000 Quadratkilometern an Frankreich abtritt. Viel Staat läßt sich allerdings mit dieser Landerwerbungen nicht machen, denn sie besteht zum größten Teil aus Fieberkümpfen und die Einwohner huldigen vielfach noch der lieblichen Gewohnheit der Menschenfresserei. Das liegt unter den neu erworbenen Gebieten schlechte Erde befindet und daß die Schlafkrankheit eine böse Zugabe zu dem Geschäft ist, mußte sogar der Reichskanzler in seiner Rede zugeben, in welcher er sich bemühte, die Erwerbungen möglichst herauszutreiben. Alles in allem genommen, bedeutet dieser neueste Landerwerb in Afrika eine böse Versicherung für das deutsche Volk. In Afrika dort nichts, aber es wird noch viel Geld in die Wüsteneien gefleckt werden müssen.

Die Regierung befand sich denn auch dem Reichstage gegenüber in der unangenehmen Lage, bei keiner Partei Zustimmung zu finden. In einem parlamentarisch regierten Lande hätte sie zurücktreten müssen. In Deutschland sind aber die Minister nur Handlanger eines Höheren, und solange der mit ihnen zufrieden ist, haben sie keine Not. Auf die Wünsche des Volkes und der Volksvertretung brauchen sie keine Rücksicht zu nehmen. Der erste Tag der Marokkodebatte erhielt noch einen pikanten Reiz durch die Anwesenheit des Kronprinzen auf der Galerie. Der junge Herr schickte sich aber nicht in die den Galeriebesuchern zugewiesene Rolle eines stillen Zuhörers; sondern er gab recht deutlich zu verstehen, daß er mit Weismann-Hollweg gar nicht zufrieden ist. Um so mehr Beifall zollte er dem Junker v. Heydebrand, der eine recht kriegerische Rede hielt, nämlich gegen England hakte und sogar von den Opfern sprach, die er dem Vaterland zu bringen bereit ist. Eine Phrase, die im Munde eines Junkers, der den Familienstolz gefährdet sieht, wenn er und seine Massengenosse Steuern zahlen sollen, geradezu grotesk wirkt. Man macht sonst öfters die Wahrnehmung, daß Thronerben in ihrer Prinzenzeit gern in Liberalismus machen, der deutsche Kronprinz scheint aber das Bedürfnis zu fühlen, seine Sympathie mit dem reaktionären Junkertum vor aller Welt zu bekunden. In diesem Falle ist aber sein Vater anderer Meinung. Der Kronprinz sah sich genötigt, den weiteren Reichstagsitzungen fernzubleiben, und so konnte er nicht Zeuge der Sektion sein, die dem Junker Heydebrand am anderen Tage vom Reichskanzler erteilt wurde. Die nötige Kraft zu seiner Abgabe an die Konservativen hatte sich Weismann-Hollweg bei einem Dinner an der kaiserlichen Tafel geholt. Es sah im ersten Augenblick aus, als sei das Licht zwischen Regierung und den Konservativen völlig zertrümmert. Aber auch in diesem Falle wird die Suppe nicht so heiß gegessen, wie sie gekocht war. Bei den Wahlen werden sie sich schon wieder völlig gefunden haben.

Im Laufe der dreitägigen Marokkodebatte spielten auch die Friedensdemonstrationen der Sozialdemokratie eine gewisse Rolle. Von verschiedenen Seiten, insbesondere auch von den Freisinnigen, war es so dargestellt worden, als ob die Protestversammlungen gegen den Krieg die Erhaltung des Friedens gefährdet hätten. Diese Unterstellungen wurden gebührend zurückgewiesen. Es bedeutet auch in der Tat eine absichtliche Verkennung der Verhältnisse, wenn man den sozialdemokratischen Friedensdemonstrationen die Bedeutung als solche absprechen will. Die Sozialdemokratie repräsentiert das arbeitende Volk und gegen den Willen des Volkes, zumal wenn er auch von den arbeitenden Klassen in den anderen Ländern mit der gleichen Schärfe zum Ausdruck gebracht wird, lassen sich heutzutage keine Kriege mehr führen.

Nach um ein anderes Moment drehte sich die Debatte, nämlich um die Frage, ob der Reichstag zu dem Abkommen mit Frankreich seine Zustimmung zu geben habe, oder ob die Erwerbung und Veräußerung von Kolonien ein Vorrecht des Kaisers sei, zu welchem es der Zustimmung des Reichstages nicht bedarf. Die Regierung vertrat den letzteren Standpunkt. Der Reichstag wird seine Auffassung erst bei der zweiten Lesung präzisieren, wenn die Vorlage aus der Budgetkommission zurückkommt, wohin sie zunächst verwiesen wurde.

Am 13. und 14. November beschäftigte sich der Reichstag mit der Maßregelung von Arbeitern durch die Verwaltung der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen. Die Debatte wurde durch eine Interpellation der Sozialdemokraten hervorgerufen. Die Verwaltung der Reichseisenbahnen, die durch den preussischen Minister v. Breitenbach repräsentiert wird, nimmt sich heraus, den ihr unterstellenden Arbeitern das Koalitionsrecht streitig zu machen. Nicht das Gesetz, sondern der böse Wille der Vergesetzten soll das Maß des Eisenbahnarbeitern zustehenden Vereins- und Versammlungsrechtes bestimmen. Wer sich nicht hundertmütig kauft, wird aufs Pflaster geworfen. Man hätte erwarten sollen, daß dort, wo es sich um die Koalitionsfreiheit handelt, die Arbeitervertreter aller Richtungen sich zur Verteidigung dieses Grundrechtes der Arbeiter zusammenfinden. Die „christlichen“ Arbeiterführer denken aber über diesen Punkt anders. Der christliche Bauarbeiterführer Behrens wetteiferten in koalitionsrechtfeindlichen Redensarten. Den Eisenbahnern wollen diese „Arbeitervertreter“ wohl gestatten, einem Berufsverein beizutreten, aber es muß der brave christliche Eisenbahnerverband sein. Das Streikrecht, die notwendigen Bestandteile des Koalitionsrechtes, wollen diese Musterarbeitervertreter aber den Eisenbahnern unter keinen Umständen zugestehen. Ein Ergebnis hatte die Debatte nicht, denn bei Interpellationen finden keine Abstimmungen statt.

Mit dem Gesetzentwurf über die Erhebung von Schiffsahrtsabgaben, dessen zweite Lesung am 15. November begonnen wurde, ist ein neues Gesetz an die unerlässlichen Agrarier beabsichtigt. Der Transport von Waren, insbesondere von Getreide, auf den großen Strömen soll verteuert werden. Diese Verteuerung der



ausländischen Getreides ermöglicht es den einheimischen Agrariern, höhere Preise für ihre eigenen Produkte zu erzielen. Die Zünftermehrheit des preussischen Landtages hat sich feinerzeit nur unter der Bedingung zur Annahme eines Teiles der Monatsverträge lassen, daß in diesem, am 1. April 1903 veröffentlichten Gesetz eine Bestimmung hinsichtlich der Erhebung von Schiffahrtsabgaben verfaßt. Diese Bestimmung widerspricht jedoch der Reichs-Verfassung. Die Bemühungen der preussischen Regierung, die fragliche Verfassungsbestimmung durch Auslegungskünste zu beseitigen, mußte mißlingen, und so kam man schließlich zu dem vorliegenden Gesetzentwurf. Dieser fand zunächst im Bundesrat lebhaften Widerspruch seitens der süddeutschen Staaten und Sachsens, da die Schiffahrtsabgaben wichtige Lebensinteressen dieser Staaten beeinträchtigen. Es gelang aber der preussischen Regierung mit Versprechungen und Drohungen, die Opponenten umzustimmen. Bayern sollte Beiträge zur Main-, Württemberg solche zur Neckarkanalisierung erhalten, und die Drohung, bei Ablehnung der Vorlage nichts mehr für die Instandhaltung des in Preußen gelegenen Unterlaufes der Ströme aufzuwenden, machte auch die anderen Bundesstaaten gefügig, so daß schließlich verkündet werden konnte, daß die Vorlage im Bundesrat einstimmig angenommen worden sei.

Im Reichstage trat nur die Sozialdemokratie geschlossen gegen die Schiffahrtsabgaben auf. Die anderen Fraktionen waren gespalten. So haben sich beispielsweise die württembergischen Volksparteier durch die Versprechung der Neckarkanalisierung so fesseln lassen, daß sie die einst als wertvolle Errungenschaft der deutschen Einheit gefeierte Abgabefreiheit der Ströme, leichten Herzens preisgeben. Andererseits sind die Nachteile, die das Gesetz für Sachsen bringt, so schwerwiegend und offensichtlich, daß sämtliche sächsische Abgeordnete, ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit, gegen die Vorlage stimmten. Leider ist aber die Mehrheit für das Gesetz gesichert und es gewährt nur einen schwachen Trost, daß es nicht sofort durchgeführt werden kann, da dem bezüglich des Rheins und der Elbe Verträge mit Holland und Oesterreich entgegenstehen. Die Liebe der preussischen Regierung zu den Agrariern ist aber so groß, daß sie auch diese Klippe überwinden wird.

Der bayerische Landtag ist am 14. November aufgelöst worden. Der Anlaß zu dem Konflikt, der sich so zuspitzte, daß schließlich der Landtag nach Hause geschickt wurde, war eine Gewerkschaftsangelegenheit. Dem in Bayern herrschenden Zentrum, welches im aufgelösten Landtag eine Zweidrittelmehrheit hatte, ist der Süddeutsche Eisenbahnerverband ein Dorn im Auge. Die Ultramontanen haben einen christlichen Eisenbahnerverband gegründet, der aber gegenüber dem Süddeutschen Eisenbahnerverband nicht aufkommen kann. Deshalb wurde der letztere als „sozialdemokratisch“ denunziert. Der Verkehrsminister v. Frauendorfer ist auch den Wünschen des Zentrums nach Schlichtung des Verbandes sehr weit entgegengekommen, aber er hat sich doch noch nicht entschließen können, dem christlichen Verlangen nach einem Verbot der verhassten Organisation zu entsprechen.

Der Kern des Zentrums ob dieser Unbotmäßigkeit des Ministers war groß und als gar noch Herr v. Frauendorfer eine Anpöbelung durch einen Zentrumsmann entschieden zurückwies, da erklärte das Zentrum, es ablehnen zu müssen, mit diesem Minister weiter zu arbeiten. Das Gesamtministerium hat mit seiner Stellungnahme in dem Konflikt lange gezögert und das Zentrum war so fest davon überzeugt, daß die Regierung, wie seither stets, so auch in diesem Fall, sich zum ausführenden Organ der Weisnisse der ultramontanen Partei hergeben würde, daß es von der Auflösung völlig überrascht war. Bei dem nun beginnenden Wahlkampf in Bayern wird es sich darum handeln, die Herrschaft des Zentrums zu brechen, um, wie es im Schlußsatz des sozialdemokratischen Wahlauftrages heißt, „das Volk von der Last politischer Willkür und wirtschaftlicher Bedrückung zu befreien“. Der Kampf wird schwer werden, zumal das Zentrum feinerzeit seine Macht auch dazu bemüht hat, die Wahlkreise den eigenen Parteiwünschen entsprechend abzugrenzen. Es ist aber möglich, die Zentrumsmehrheit zu brechen und wir erwarten, daß auch unsere Kollegen in Bayern im Wahlkampf ihre Schuldigkeit tun.

Eine Bauarbeiter-Konferenz für Elsaß-Lothringen findet am 10. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Volksgarten zu Straßburg, Jörnstr. 11, statt. Als Tagesordnung ist vorgegeben: 1. Der gegenwärtige Stand des Bauarbeiter-Schutzes in Elsaß-Lothringen. 2. Die Forderungen der Arbeiter des Bauberufes betreffs Bauarbeiter-Schutz. 3. Der Bauarbeiter-Schutz und die Pflichten der Arbeiter des Bauberufes. Die Bauarbeiter-Schutzkommission für Elsaß-Lothringen (Adresse: Louis Menert, Straßburg, Helenengasse 14) ersucht die organisierten Arbeiter des Bauberufes, umgehend zu dieser Konferenz Stellung zu nehmen. Nähere Mitteilungen erfolgen durch Rundschreiben an die Vertrauensleute.

**Verbandsnachrichten.**

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines momentlichen Lokaltarifes erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in Hamburg ab 47. Woche 1,50 Mk. und Danzig ab 48. Woche 80 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 47. Wochenbeitrag für das Jahr 1911 fällig geworden.

Für den in Nr. 31 und 36 dieser Zeitung ausgeschrieben Posten eines Sekretärs im Vorstand wurde in gemeinsamer Wahl von Vorstand und Ausschuß der Kollege Adam Neumann, seither Gauborsteher in Hamburg, gewählt. Den übrigen Bewerbern sagen wir hiermit besten Dank für ihre Bereitwilligkeit und bitten sie zugleich, auf diesem Wege Kenntnis von dem Wahlergebnis nehmen zu lassen.

Die Fragebogen zur Statistik der Bau- und Möbelarbeiter dürften jetzt überall in den Händen der Werkstattvertrauensleute sein. Der Wert der Statistik hängt davon ab, daß alle Fragen mit peinlicher Gewissenhaftigkeit beantwortet werden und die gemachten Angaben absolut zuverlässig sind. Bei der Ausfüllung der Fragebogen für den durchschnittlichen Wochenverdienst ist für Lohnarbeiter der zur Zeit der Erhebung gültige Lohnsatz für eine vollgearbeitete Woche anzugeben. Für Akkordarbeiter empfehlen wir der Einheitslichkeit wegen der Berechnung des Durchschnittsverdienstes für eine Woche den in den letzten sechs vollgearbeiteten Wochen erzielten Verdienst zugrunde zu legen.

Die Branchenkonferenz der Stellmacher, die für den 26. November nach Berlin einberufen ist, beginnt vormittags 10 Uhr in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstraße 85. Jeder Delegierte muß mit einem Mandat versehen sein, das von der Lokalverwaltung der betreffenden Zahlstelle ausgestellt wird mit dem Zahlstellenstempel versehen ist. Ferner wird ersucht, anzugeben, zu welcher Zeit und auf welchem Bahnhof die Delegierten einzutreffen beabsichtigen. Logiskarten werden im Gewerkschaftshause, Engelstraße 15, ausgegeben. Kollegen, die auf der Stadtbahn ankommen, bitten wir, bis zum Schloßstr. Bahnhof zu fahren. Als Abzeichen ist die „Holzarbeiter-Zeitung“ sichtbar zu tragen. Auf allen Fernbahnhöfen werden Kollegen zur Abholung bereit sein.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 50648 Wils. Sepperle, Drechsler, geb. 3. 4. 59 zu Köln a. Rh.
- 518682 Paul Niegraf, Tischl., geb. 20. 7. 01 zu Marktsrübe.
- 508883 Walter Lange, Tischl., geb. 1. 1. 03 zu Oberleben.
- 587197 Stanisł. Smorzynski, Tischl., geb. 13. 4. 01 zu Striewen.

Berlin G. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

**Korrespondenzen.**

**Nürnberg.** Wiederholt machen wir die Kollegekollegen darauf aufmerksam, daß sie ohne vorherige Erlaubnisse bei der Zahlstellenverwaltung, in Nürnberg keine Arbeit nehmen sollen. Bei der Firma Ulrich herrschen gegenwärtig solche traurige Verhältnisse, daß bei angestrengtester Arbeit nicht über 20 Mk. die Woche verdient werden kann. In einer kleinen stündlichen Werkstatt, die jeder Beschreibung spottet, hat Herr Ulrich 5 bis 6 Arbeiter untergebracht, die sich kaum rühren können. Das Material ist sehr schlecht, und so kommt es, daß trotz Einhaltung des Tarifpreises ein so bescheidenes Verdienst erzielt wird, daß ein verheirateter Kollege überhaupt nicht mehr existieren kann. Wer also keine Enttäuschung erleben will, der erkundige sich erst bei der Lokalverwaltung, ehe er Arbeit annimmt.

**Worzhelm.** Die reisenden Kollegen, welche gesonnen sind, in Worzhelm Arbeit zu nehmen, seien an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß sie bei der Firma Wintersteller, Fabrik für zahnärztliche Artikel, keine Arbeit annehmen, bevor sie sich bei der Lokalverwaltung erkundigt haben, da bei der betreffenden Firma in letzter Zeit einige unserer Kollegen ohne triftigen Grund entlassen wurden. Speziell das Benehmen des Werkführers läßt viel zu wünschen übrig.

**Unsere Lohnbewegung.**

Auf Grund der abgeschlossenen Tarifverträge treten im Monat Dezember 1911 nachfolgende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ein:

**Düsseldorf (Firma Felder-Hilden):** Auf die bestehenden Stundenlöhne erfolgt am 1. Dezember ein Aufschlag von 2 Pf. Der Mindestlohn steigt von 52 auf 54 Pf. pro Stunde.

**Hamburg:** Die bestehenden Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen werden am 1. Dezember um 2 Pf. pro Stunde aufgebessert. Der Mindestlöhnen der Parkettleger steigt von 74 auf 76 Pf., der für Bauanschläger von 69 auf 71 Pf., und der für Tischler, Drechsler, Maschinenarbeiter — sofern diese gelernte Tischler sind oder zwei Jahre an Holzbearbeitungsmaschinen gearbeitet haben — von 59 auf 61 Pf. Maschinenarbeiter, die mindestens ein Jahr als solche tätig sind, erhalten statt 55 Pf. ab 1. Dezember 56 Pf. pro Stunde.

In Alfeld a. d. Leine sind gegenwärtig rund 100 Schleifer und Dreher der Schuhleistenfabrik ausständig. Die Arbeiter der Schleiferei hatten um Verbesserung einiger schlechter Akkordsätze ersucht, wurden aber abgewiesen. Auf das Verlangen der Kollegen, dieserhalb mit dem Betriebsinhaber selbst zu verhandeln, wurden am Nachmittag des 4. November 88 Schleifer durch den Prokuristen aus der Fabrik gewiesen. Das Verlangen der Kollegen war um so mehr berechtigt, als der Inhaber auf einem Fabrikfest im letzten Frühjahr besonders betont hatte, daß er für die Arbeiter jederzeit ein offenes Ohr haben werde. Der Kampf hat dann am 10. und 11. November dadurch eine weitere Ausdehnung erfahren, daß die Meister nun Dreher an die Arbeit der ausländigen Schleifer stellen wollten, was diese natürlich ablehnten. Daraufhin wurden auch die beteiligten Dreher entlassen. Der Fabrikleitung dürfte die Solidarität ihrer Arbeiter überraschend kommen, haben diese doch nur zu lange gleichgültig abseits gestanden und nur die Faust in der Tasche gehalten. Das ist nun anders geworden. Unser Verband hat in den letzten Jahren hier riesige Fortschritte gemacht. Da nun die hiesigen Schuhleistenarbeiter den Schutz des Verbandes genießen, dürfte wohl auch die Fabrikleitung eine Verständigung mit den Arbeitern einem langen Kampfe vorziehen.

In Berlin scheint der Kampf mit der Schirmfabrik Lichtenstein ein äußerst hartnäckiger zu werden. Die Firma hat den Vertrag vom Juni d. J. zu durchbrechen versucht, indem sie fortgesetzt unorganisierte Kollegen bei 60ständiger Arbeitszeit einstellte, während die vertragliche Arbeitszeit 52 1/2 Stunden beträgt. Im weiteren wurde ein Kollege

entlassen, einem zweiten gekündigt, es ihnen aber freigestellt, weiter zu arbeiten bei 60 Stunden. Trotzdem also der Vertragsbrecher Herr Lichtenstein ist, geht er und verklagt unsere Kollegen wegen Vertragsbruch auf Schadenersatz. Er will dem Verband zeigen, daß er sich keine Vorschriften machen läßt. Bis jetzt hat Herr Lichtenstein nur einen Klausurkäufer. Die Heimarbeit für sich zu gewinnen, war ihm trotz aller Mühe und List nicht möglich. Aufgabe der Kollegen allerorts ist es, acht zu geben, daß Streikbrecher nicht nach Berlin kommen. Auch muß auf die auswärtigen Geschäfte Lichtensteins geachtet werden, daß dort keine Arbeit für Berlin gemacht wird. In Berlin hat Herr L. sieben Geschäfte. Die Läden: Cohn, Turmstraße, und Bader, Tegel, gehören Herrn L. ebenfalls. Dann besitzt er Geschäfte in Essen, Bochum, Stettin, Königsberg, ferner in Oberhausen und Dortmund. Wir ersuchen die Verwaltungen, auf diese Geschäfte ihr Augenmerk zu richten und die Kollegen zu informieren.

In der Pianofabrik Weichstein stehen seit dem 8. November 60 Flügelzusammensetzer und 3 Flügelstimmer im Streik. Die Ursache liegt in dem ablehnenden Verhalten der Fabrikleitung gegenüber den Lohnforderungen dieser Gruppen, deren Akkordpreise seit 28 Jahre keine Erhöhung mehr erfahren haben. Die Arbeitsverhältnisse sind bei dieser angesehenen deutschen Pianofabrik überhaupt gegen andere Betriebe weit zurückgefallen, so daß die Firma schon wieder zu einem Entgegenkommen bequemen müssen. Infolge dieses Streiks arbeiten heute schon einzelne Abteilungen mit verkürzter Arbeitszeit. Bei längerer Dauer dürften diese ganz lahmgelegt werden. Deshalb ist Fernhaltung des Zuguges dringend nötig.

In Jauer l. Schl. sollte in der Galanteriemöbelfabrik von Dieck u. Mitsche die Akkordarbeit eingeführt werden, was nach der von der Firma angebotenen Preisen für die Kollegen eine Lohnreduktion von 30 Proz. bedeutet hätte. Bei der ersten Verhandlung wurden die Kollegen und der Gauborsteher barsch abgewiesen, und so waren wir gezwungen, zur Abwehr dieser Verschlechterung die Arbeit einzustellen. Nach fünfzigem Streik und nochmaliger Verhandlung wurde mit der Firma eine Einigung erzielt, und bleibt es nunmehr bei der bisherigen Lohnarbeit, bis ein Akkordtarif gemeinsam mit den Arbeitern ausgearbeitet ist. Das fehlt ja gerade noch, in der Zeit der letzten Teuerung auch noch solche Verschlechterungen. Den Erfolg haben die Kollegen lediglich ihrer Einigkeit und guten Organisation zu verdanken. Mögen die übrigen Kollegen in Jauer sich daran ein Beispiel nehmen, es gibt hier wirklich noch vieles zu bessern.

In Stendal bestanden in der Goldleinstenfabrik von Mechenbach seit längerer Zeit Differenzen, weil verschiedene Forderungen durchgeführt werden sollten, die für die Kollegen eine Verschlechterung ihrer bisherigen Lohnverhältnisse bedeutet hätten. Für die Schleifer waren sie sogar schon perfekt geworden. Vor allem lehnte es Herr Mechenbach entschieden ab, eine bestimmte vertragliche Regelung der gesamten Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzugehen. Bis 15. November hatten sich die Differenzen so zugepunkt, daß die Kollegen mittags gezwungen waren, in den Streik zu treten. Am 16. wurden indes die Unterhandlungen schon wieder aufgenommen, die am 17. also nach zweieinhalbtagigem Streik, zu dem Resultat führten, daß nicht nur den Schleifern, Grundratern und Hilfsarbeitern 1,50 Mk., den Arbeiterinnen 1 Mk. pro Woche und den Verbillerten 10 bzw. 15 Proz. Zulage gewährt wurden, sondern auch sämtliche Arbeitsbedingungen mit unserer Organisation vertraglich festgelegt wurden. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1914.

**Aus der Holzindustrie.**

**Fortschritte in den Arbeitsbedingungen der Stellmacher.**

Die Stellmacher gehören zu den Branchen unserer Organisation, denen der Industrieverband die größten Vorteile gebracht hat. Nicht nur, daß die Zahl der Organisierten von 450 im Jahre 1893 auf 4773 zu Ende 1910 stieg, auch in der Besserung der Arbeitsbedingungen weisen sie in dieser Spanne Zeit Erfolge auf, die alle anderen Verufe, die sich damals gleichzeitig dem neugegründeten Holzarbeiterverband anschlossen, noch überholten.

Die Verbandsstatistik vom Jahre 1893 ergab als durchschnittliche Arbeitszeit aller beteiligten Stellmacher 63,1 Stunden pro Woche. Bei der nächsten statistischen Annahme im Jahre 1897 war dieser Durchschnitt bereits auf 61,4 Stunden gefallen, 1902 betrug derselbe infolge stärkerer Heranziehung der Kleinbetriebe 61,9 Stunden, um dann 1906 auf 58,6 Stunden zu sinken. In entgegengesetzter Richtung bewegt sich der durchschnittliche Wochenverdienst. Im Jahre 1893 wurden 18,43 Mk. als solcher ermittelt, 1897 schon 19,69 Mk., 1902 sogar 21 Mk. Die letzte allgemeine Verbandsstatistik ergab 28,85 Mk.

Die durchschnittliche Arbeitszeit war also im Jahre 1906 bei den Stellmachern um 4 1/2 Stunde kürzer als 1893 und doch wurde ein um 7,92 Mk. höherer Wochenverdienst erzielt als 1893, während bei den Tischlern die entsprechende Spanne 4,7 Stunden und 7,54 Mk. betrug. In Wirklichkeit ist aber die Entwicklung noch weit günstiger gewesen als dies in jener Statistik zum Ausdruck kommt, denn die Ausnahme von 1893 erfaßte zumeist Berufsangehörige aus den an sich schon höher stehenden Orten, während in den späteren Jahren immer mehr Neuland einbezogen werden konnte, was naturgemäß den Durchschnitt drücken mußte.

Nun sind inzwischen seit der letzten allgemeinen statistischen Erhebung fünf volle Jahre ins Land gezogen. Fünf Jahre, in denen die Entwicklung zum Großbetriebe in diesem Verufe riesige Fortschritte gemacht hat. Während ehemals das Gros der Kollegen in den kleinen Stellmachertwerkstätten der Städte und des flachen Landes saß, wird es heute gebildet aus den Arbeitern der Wagen- und Waggonfabriken und der Automobilwerke. Dazu schafft ein weiterer Teil



der Kollegen in den Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen. Diese Entwicklung war der Organisation und damit auch den Arbeitsverhältnissen günstig.

Die Wirksamkeit der Gewerkschaft hat sich aber nicht nur der Arbeitsverhältnisse in den Großbetrieben angenommen, sie gewann auch Einfluß auf die vormalig so regellosen Zustände der Kleinbetriebe. So sehen wir denn heute, daß neben den Kiesenlämpfen in den Waggonfabriken Lohnbewegungen einhergehen, bei denen es mitunter mehr Meister als Gesellen gibt. Und wir sehen für diese Kleinbetriebe Tarifverträge entstehen, deren Durchführung nur durch den Industriebetrieb denkbar ist, dessen Verwaltung auch die Betriebe überwacht, die zeitweise keine Gesellen haben.

Diese Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Stellmacherebetrieben hat auch im letzten und im laufenden Jahre erhebliche Fortschritte gemacht. Im Jahre 1910 waren allein 1436 Stellmacher, die unserem Verbands angehörten, an Lohnbewegungen beteiligt. Die Mehrzahl derselben, nämlich 846, entfiel auf die Bewegungen ohne Arbeitsniederlegung.

Das laufende Jahr weist wiederum eine erhebliche Anzahl Lohnbewegungen auf, an denen Stellmacher allein oder in Gemeinschaft mit anderen Berufen beteiligt sind. Aus dem Vorjahre wurde noch der Streik in der Waggonfabrik Mastalt übernommen, der nach 10wöchiger Dauer Anfang April abgebrochen werden mußte. Die Direktion hatte ganz außerordentliche Aufwendungen für die Heranschaffung von Streikbrechern gemacht, die zwar nicht viel Arbeit, aber um so mehr Madau machten. Glücklicher verlief ein Streik in der Waggonfabrik Herbrandt in Wien, der zwar auch fast 6 Wochen dauerte, aber schließlich 2 Stunden Arbeitszeitverkürzung und eine recht ansehnliche Lohnerhöhung brachte. Erfolgreiche Lohnbewegungen in Wagenfabriken fanden u. a. statt in Frankfurt a. M., Hannover, Sarthe l. S., Weerane, München, Madeberg, Glauchau und Bwidau; in Karosserie-werken zu Halle und Stuttgart. In den Bewegungen in den Kistenwagenfabriken zu Brandenburg und zu Zeit waren ebenfalls Stellmacher in größerer Zahl beteiligt. Die Aus-sperrung in der sächsisch-thüringischen Metallindustrie im Herbst dieses Jahres zog Stellmacher in Mitleidenschaft in der Waggonfabrik Gotha und in einer Kanonenfabrik in Dresden. Allgemeine Lohnbewegungen für die reinen Stellmacherebetriebe gingen im Verlauf dieses Jahres bereits vor sich in Braunschweig, Cölnen, Dresden, Düsseldorf, Borsbrunn, Leipzig und Wittenberg, und alle diese Bewegungen in den Kleinbetrieben konnten ohne Arbeitsniederlegung zum Abschluß gebracht werden.

Soweit sich der materielle Erfolg der ersten 9 Monate des laufenden Jahres bisher übersehen läßt, brachte er für die Kollegen eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um durchschnittlich 3 Stunden, und für rund 1080 Kollegen eine durchschnittliche Erhöhung des Wochenverdienstes um 1,90 Mk.

Die tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse hat aber ebenfalls eine wesentliche Erweiterung erfahren. Während Ende 1910 im Stellmachergewerbe 22 Tarifverträge in Gültigkeit waren, welche 262 Betriebe mit 956 Arbeiter umfassen, konnten am 1. November 1911 bereits 32 Verträge für 308 Betriebe mit 1362 Arbeitern gezeichnet werden. Die kürzeste unter dem Vertrag zu erreichende Arbeitszeit betrug für 450 dieser Arbeiter 53-54 Stunden, für 445 Arbeiter 55 bis 57 Stunden, für den Rest dagegen 57 1/2 bis 60 Stunden. Die tarifliche Höhe für Holzarbeiter schwanken zwischen 35 Pf. pro Stunde in Moskau und Gera und 62 Pf. in Düsseldorf. Dabei differieren die Mindest- oder Durchschnittslöhne aber häufig bis zu 10 Pf. zwischen Madmacher und Helfer einerseits und Mastmachern andererseits. So sehen die Verträge fest für Madmacher in Bremen 48 Pf., Düsseldorf 52 Pf., Heilbrunn 45 Pf., Leipzig 56 Pf. und in Stuttgart 48 Pf.; für Mastmacher dagegen 56, 62, 55, 60 und 58 Pf. In den meisten Verträgen sind auch besondere Lohnsätze für jüngere Arbeiter normiert.

Mit diesen Errungenschaften sind nun freilich die berechtigten Wünsche der Kollegen keineswegs voll erfüllt. Die häufigeren schweren Kämpfe im Verufe legen Zeugnis ab, wie halbsattig sich besonders einzelne Großbetriebe Verbesserungen gegenüber stellen, und wie oft mußte nicht bei den Kleinmeistern ein Wunsch zurückgestellt werden, weil das Organisationsverhältnis der dort zerstreut arbeitenden Kollegen ungünstig war. Und doch, welcher großer Unterschied besteht bereits in den Arbeitsverhältnissen gerade dieses Berufes von vor 10 Jahren und heute!

Jener Fortschritt ist der Erfolg einer zähen, ausdauernden Gewerkschaftsarbeit. Ein Erfolg, der dem noch zaghaft fernstehenden Kollegen zeigen sollte, daß er sein Lebensschicksal günstiger lenkt, wenn er mit seinen Berufscollegen Schulter an Schulter kämpft, als wenn er allein im Kampfe um Dasein steht.

Ein Wettbewerb für Arbeitermöbel wird von der Kommission für vorbildliche Arbeiterwohnungen im Berliner Gewerkschaftshaus gemeinsam mit dem Verbande Deutscher Kunstgewerbezeichner veranstaltet. Zum Wettbewerb zugelassen sind nur Mitglieder dieses Verbandes. Es werden Entwürfe zu je einer Wohnung von einem Zimmer und Küche und von zwei Zimmern und Küche verlangt, die ausgeführt nicht mehr als 550 Mk. bzw. 800 Mk. kosten dürfen. Es stehen drei Preise im Betrage von 100, 200 und 300 Mk. zur Verfügung. Die Einlieferungsfrist schließt am 2. Februar 1912. Nähere Angaben sind kostenlos vom Verbands Deutscher Kunstgewerbezeichner, Berlin S.O. 16, Wusterhausenerstr. 12, einzufordern.

Die separatistische Abspaltung im Österreichischen Holzarbeiterverbande greift weiter um sich. Wie unser Bruderorgan „Der Holzarbeiter“ berichtet, sind bis jetzt

etwa 22 in Böhmen gelegene Ortsgruppen des Verbandes durch die tschechoslawische Sonderbundagitatio geschwächt worden. In Prag haben die Abspalterer mit ihrem Bestrebungsziel zurückgehalten, bis die große Lohnbewegung erledigt war. Aber leider war die Ursache zu dieser zeitweiligen Reserve nicht etwa die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer geschlossenen Aktion gegen das Unternehmertum, sondern lediglich die Unmöglichkeit, für den Sonderverband im Streikfalle die erforderliche Unterstützung zu beschaffen. Nun ist jetzt aber auch Wien, das bisher dagegen gefest schien, von dieser die Organisationen zerstörenden nationalistischen Agitation erfaßt worden. Dabei machte sich der gleiche Gedanke wie in Prag bemerkbar, mit dem direkten Austritt aus dem Zentralverband bis nach Erledigung der 1912 bevorstehenden Tarifverneuerung zu warten. Einige vorzeitige Eiferer haben nun aber inzwischen schon die Abspaltung der Wiener Ortsgruppe 111/2 in einer schwach besuchten Versammlung durchgeführt. Das Vermögen der Gruppe und deren Bibliothek wurden „verschont“, um es der Auslieferung an den Zentralverband zu entziehen. Um aber nun weiteren Vorgängen dieser Art vorzubeugen, hat am 20. Oktober eine vom Vorstand des österreichischen Holzarbeiterverbandes einberufene Versammlung sämtlicher Wiener Ortsgruppenausschüsse und der Gehilfenausschüsse nahezu einstimmig beschlossen, die Ortsgruppen XII/2, XVI/2, XX/1 und Floridsdorf II aufzulösen, da in diesen der Separatismus bereits ein Hindernis für die ruhige Entwicklung der Organisation geworden ist. Die beteiligten Mitglieder werden anderen Gruppen angegliedert. Den Mitgliedern, welche dauernd gegen den Verband agitieren, wurde der Ausschluß angedroht.

Jene arbeiterspaltende Agitation ist um so mehr bedauerlich, als ihr ja nicht irgendwelche greifbare Mängel im Verband zugrunde liegen, sondern lediglich das Phantom der nationalen Eifersucht, während doch in Wirklichkeit sich auch bei den Tschechen wirtschaftlich Arm und Reich gegenübersehen. Wollen wir hoffen, daß es unserer österreichischen Bruderorganisation gelingt, jenes arbeiterschädigende Treiben einzudämmen, damit es nicht bei den späteren Lohnkämpfen den Arbeitern zum Verberk werde.

### Gewerkschaftliches.

#### Auch eine Arbeitertagung.

Berlin hat am 6. November die Vertreter von angeblich 130 000 deutschen Arbeitern in seinen Mauern gesehen. Es war eine glanzvolle Gesellschaft, die sich in der „Kammerfals“, dem Heim der Berliner Handwerkerkammer, als Arbeitervertretung und deren Gäste niedergelassen hatte. Da war u. a. erschienen: der Vorsitzende des Verbandes nationaler Arbeitervereine von Groß-Berlin, Generalleutnant Siemens, der Vorsitzende des Förderungsausschusses nationaler Arbeiterverbände, General v. Voell, ferner als Gäste: Major Schulz vom preussischen Kriegsministerium, Regierungsräte von den Ministerien für öffentliche Arbeiten und für Handel und Gewerbe, vom Polizeipräsidenten Lichtenberg und Schöneberg usw. Vertreten waren des weiteren die Hauptstelle und der Verein deutscher Arbeitgeberverbände, die „Arbeitgeber-Zeitung“ durch Herrn v. Meiswisch, der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie durch seinen Geschäftsführer Dr. Döwischen.

Daneben mögen in dieser honetten Gesellschaft auch einige Paradedarsteller gewesen sein. Wieviel, das verschweigt die „Arbeitgeber-Zeitung“ schamhaft, während sie die Gesamtzahl der „Gäste“ auf 140 beziffert.

Das Ganze nannte sich „Dritte Tagung des Hauptausschusses nationaler Arbeiterverbände“. Außer einem Kommerz mit Begrüßungstelegramm an den Kaiser wird über drei Referate berichtet. Arbeitersekretär Fichtner-Waldenburg begehrte den hohen Herren ganz überflüssigerweise die „Notwendigkeit der nationalen Arbeiterbewegung“. Er leistete sich dabei den Witz, zu behaupten, daß die nationalen Arbeiter keineswegs auf gesetzliche Rechte verzichten, aber sich deren Gebrauch nicht (wie angeblich bei den Gewerkschaften) von anderen außerhalb des Arbeiterstandes stehenden Personen verschreiben lassen wollten. (1) Freilich, General v. Voell verlangte in dieser Versammlung, auch als „Arbeiter“ betrachtet zu werden, weil er doch für die Ideen der Gelben mit „arbeite“.

Gener Berlin, Sprecher des Bundes vaterländischer Arbeitervereine, sprach über „Streik und Arbeitswillensschwund“ und schließlich ließ sich der Vorsitzende der gelben Väter, Wischniowski, über den „Wohlfühl“ aus. Die Referate und Resolutionen klangen natürlich, wie das in jener Zusammenkunft gar nicht anders zu erwarten war, in dem Schrei nach Polizei und Staatsanwalt aus, wobei natürlich die Segenswünsche der Unternehmervertreter nicht fehlten.

Am nächsten Tage versammelte sich sodann ein großer Teil der gleichen Gesellschaft an anderer Stelle unter der richtigen Firma „Zentralverband deutscher Industrieller“, wobei sich Referate und Beschlüsse fast mit denen der vorhergehenden Tagung deckten. Diese letztere Versammlung bot wenigstens den Vorteil, daß dabei die Käufer nach dem Buchausgeseß mit ihrem wirklichen Namen hervortraten.

Wir würden von der kleinen Gruppe der „Gelben“ und „Vaterländischen“ gar nicht Notiz nehmen, wenn nicht die Unternehmerpresse versuchte, die von ihren Leuten dort vertretenen Wünsche als „Arbeiterforderungen“ in die Welt hinauszuposaunen. Im übrigen zeigt die starke Teilnahme der Behörden, daß diese sehr wohl Zeit finden, an arbeitserfindlichen Veranstaltungen teilzunehmen, während sie die Information auf wirklichen Arbeitertagungen vermeiden.

Wir fordern Lohnerhöhung! Mit diesem Kampfruf tritt die neueste Nummer der „Verarbeiter-Zeitung“ an die Öffentlichkeit. Damit nimmt die Lohnbewegung der Verarbeiter greifbare Gestalt an. Das Organ des Verarbeiterverbandes tritt aber gleichzeitig den Beweis an, daß Lohnerhöhungen möglich sind, indem es auf die steigenden Profite der einzelnen Gruben hinweist.

Nach den Erhebungen des Reichsamtes des Innern liegen die Hohngewinne im Steinkohlenbergbau von 123,2 Millionen Mark im Jahre 1909 auf 187,4 Millionen Mark im Jahre 1910. Durch Vergleiche mit dem Vorjahre wird festgestellt, daß seitdem die Betriebsüberschüsse der einzelnen Bergwerksgesellschaften eine weitere, zum Teil recht erhebliche Steigerung erfahren haben. Die „Allgemeine Arbeiter-Zeitung“ konnte für das abgelaufene Geschäftsjahr 1911 neben 15 Proz. Dividende an die Aktionäre noch die Kleinigkeit von 1 079 088 Mk. als „Gewinnanteil“ an die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder verteilen. Aufsichtsrat zu sein, ist im Bergbau überhaupt eine recht lohnende Beschäftigung. Die Deutsch-Luxemburgische Bergwerksgesellschaft zählte ihren 14 Aufsichtsratsmitgliedern je 1132 Mk. Fantieme, die Gesellschaften Bergwerksgesellschaft an 28 solcher Glücklichen sogar je 15 680 Mk. Gegenüber solchen „Entbehrensloshheiten“, die viele der Beteiligten gleichzeitig aus mehreren Unternehmungen beziehen, wirkt die elende Lage der Bergarbeiter besonders trüb. Es ist deshalb zu verstehen, wenn die Grubenkassen unter dem Druck der allgemeinen Teuerung eine Verbesserung ihrer in Anbetracht der aufreibenden und lebensgefährlichen Arbeit recht niederen Löhne anstreben.

Der alte Bergarbeiterverband hat am 12. November im Ruhrgebiet eine Anzahl Massenversammlungen abgehalten, die diesen Forderungen Ausdruck verliehen. Betont wurde, daß die Arbeiter eine friedliche Verständigung mit den Grubenherren wünschen, aber, wenn nicht anders, auch bereit seien, den Kampf aufzunehmen.

Wir wollen wünschen, daß die Werksbesitzer soviel soziale Einsicht besitzen, um jenen berechtigten Forderungen zu entsprechen. Dies ist um so mehr zu verlangen, als von ihrer Seite aus die Geschäftslage im Bergbau als sehr günstig bezeichnet wird.

Die Situation im Lithographie- und Steinbrudergewerbe ist immer noch unverändert. Es ist der Unternehmerorganisation seither nicht gelungen, der Aussperrung eine größere Ausdehnung zu geben. Unberentils macht ihre die Unterbringung von Streikarbeit erhebliche Schwierigkeiten. Die Organisation der Gehilfen ist finanziell gut fundiert, so daß sie der weiteren Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegensehen kann.

In der Tabakindustrie dauert die Aussperrung fort. Der „Arbeitgeberbund der deutschen Zigarrenindustrie“ hat sich auf einer am 9. November in Berlin abgehaltenen Bundesversammlung auch mit der Frage einer Generalaussperrung befaßt, hat sich dabei aber nur bis zu einer Sympathieumgebung für die bekämpften Firmen aufschwingen können. Alle sich daraus ergebenden Maßnahmen sind dem Bundesvorstand überlassen worden. Die Tabakarbeiter sind bereit, einen etwaigen Angriff der Unternehmerorganisation zu parieren. Bei der Generalkommission sollen nach dem Bericht des „Tabak-Arbeiters“ schon über 100 000 Mk. an Sammelgeldern für diesen Lohnkampf eingegangen sein. Von Mitgliedern unseres Verbandes sind jetzt außer den Zigarrenkistenmachern in Wände auch noch solche in Bremen in Mitleidenschaft gezogen worden.

### Eingefandt.

#### An die Sektionsleiter und Vertrauensleute der Musikinstrumentenarbeiter.

Sierdurch richten wir die Bitte an unsere Vertrauensleute, uns doch baldmöglichst die durch Zirkular vom 28. September erbetenen Berichte einzufenden.

Wir können aus Gründen der Agitation unter unseren Kollegen und Kolleginnen auf diese Berichte, deren Inhalt sich auf die im Zirkular angeordneten Punkte hauptsächlich zu erstrecken hat, nicht verzichten.

Gleichzeitig sei unseren Vertrauensleuten mitgeteilt, daß das statistische Ergebnis der am 14. Juni von uns veranstalteten und nun endlich zurückgelagerten Fragebogen erst später entweder in der „Holzarbeiterzeitung“ veröffentlicht wird, oder den Vertrauensleuten in der Form eines Zirkulars zugeht.

Die Zentralkommission.

N. A.: M. Weinhold, Hamburg, Belle-Alliancestraße 27 III.

### Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagshandlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin O. 3 Neue Friedr. Richstr. 2, bezogen werden.

Das großindustrielle Sozialentum. Eine gewerkschaftliche Studie von Richard Wolft. Verlag von J. G. W. Dieck Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart. 17. Bändchen der Kleinen Bibliothek. 118 Seiten. Preis broschiert 75 Pfennig, gebunden 1 Mark. Vereinspreis 50 Pfennig.

Warum mußt Du Sozialdemokrat sein? Mit diesem Titel erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68, eine 18 Seiten umfassende Flugchrift, die in der Agitation zu den Reichstagswahlen gute Dienste leisten wird. Der Preis ist 10 Pf.

Arbeiter-Notizkalender 1912. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis: Gebunden 50 Pf.

Tripolisraub und Weltkrieg. Rede, gehalten am 6. November 1911 im Kaufmännischen Vereinshaus zu Frankfurt a. M. von Hermann Wendel. Verlag der Buchhandlung Volksstimme, Mayer u. Co. in Frankfurt a. M. Preis 10 Pf.

Teuerung, Warenwucher und Klassenhaß von J. Karski. Verlag der Leipziger Buchdruckerei A. O. Agitationsausgabe. Preis 10 Pf.

Österreichischer Arbeiterkalender für das Jahr 1912. Herausgegeben im Auftrage der Parteiverwaltung der österreichischen Sozialdemokratie. Preis gebunden 80 Pf. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Janas Brand u. Co. Welche Rechte hat das ungeliebte Kind und seine Mutter? Gemeinverständlich dargestellt und mit Klagenformularen, Kluttern und arbeitsrechtlichen Materialentabellen versehen von Richard Burgemeister. Gesehverlag L. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, Dresdener Straße 80. Preis 1,10 Mark. Taschenformat.



Versammlungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M. Samstag, den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr. Versammlungsversammlung der Wagner in Gewerkschaftshaus, Heiser Platz 6.

Anzeigen.

Wannsee. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich nur im Bitterau, Weeber 32, 11. Umfragen, Benützung des städtischen Nachweises sowie eventl. der Zentrale ist strengstens verboten.

Wannsee. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich nur im Bitterau, Weeber 32, 11. Umfragen, Benützung des städtischen Nachweises sowie eventl. der Zentrale ist strengstens verboten.

Wannsee. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich nur im Bitterau, Weeber 32, 11. Umfragen, Benützung des städtischen Nachweises sowie eventl. der Zentrale ist strengstens verboten.

Wannsee. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich nur im Bitterau, Weeber 32, 11. Umfragen, Benützung des städtischen Nachweises sowie eventl. der Zentrale ist strengstens verboten.

Wannsee. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich nur im Bitterau, Weeber 32, 11. Umfragen, Benützung des städtischen Nachweises sowie eventl. der Zentrale ist strengstens verboten.

Wannsee. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich nur im Bitterau, Weeber 32, 11. Umfragen, Benützung des städtischen Nachweises sowie eventl. der Zentrale ist strengstens verboten.

Wannsee. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich nur im Bitterau, Weeber 32, 11. Umfragen, Benützung des städtischen Nachweises sowie eventl. der Zentrale ist strengstens verboten.

Wannsee. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich nur im Bitterau, Weeber 32, 11. Umfragen, Benützung des städtischen Nachweises sowie eventl. der Zentrale ist strengstens verboten.

Tüchtige Tischler auf furnierte Möbel sucht Möbelfabrik mit Maschinenbetrieb Gebr. Schätz, Eilenburg.

Tüchtige Möbeltischler sucht für gute Winterarbeit bei hohem Lohn Albert Krause, Tischlerei mit Motorbetrieb Wärrwalde, Pommeren.

2 tüchtige zuverlässige Tischler, die flott und saub. erstll. Möbel nach Zeichn. arb. können in dauernde Stellung bei durchschnittlichem Verdienst von 31,- bis 37,- Mtl. wöchentlich.

1 zuverlässiger Polsterer auf beste Kasten-Möbel bei hohem Lohn in dauernde Stellung gesucht. Alneburger Möbelfabrik Wilhelm Gröhner & Söge Alneburg, Am Berge 37.

Tüchtiger Reinstimmer welcher mit sämtl. Reparaturen, auch mit Harmonium und Pianola vertraut ist, bei hoh. Gehalt gesucht. Berthold Neumann, Posen, Pianoforte-Grosshandlung.

Ottoman- und Sofabauer wird bei dauernder Arbeit gesucht. Möbelfabrik Altenhain bei Eintriedel, Bezirk Chemnitz.

3 tüchtige Stuhlpolsterer für dauernde Arbeit gesucht. Emil Mundhenke, Stuhl-fabrik, Celle (Hann).

1 tüchtiger Beizer u. Polsterer und 2 tüchtige Möbelschreiner zum sofortigen Eintritt bei gutem Lohn gesucht. Andreas Schäfer, Möbelfabrik Warburg a. Lahn.

Gesucht per sofort b. dauernde Stellung für Stockfabrik m. Kraftbetr. geleg. an d. deutsche franz. Grenze, ein perfekt. Wagner sowie ein tücht. Polsterer. Nur pr. Ref. verb. berückf. Elfkassische Spazierstockfabrik Ch. Bloch Mühlhausen (Elb), Altkircherstr. 1.

Einige tüchtige, solide Vorbrechler für sofort auf dauernde, lohnende Beschäftigung sucht. Firma Huth-Seuser, Darmen.

Mehrere tücht. Perlmutter- u. Galalith-Knopf-Dreher finden Beschäftigung. Hannoversche Knopffabrik Gombert & Meierath, Hannover.

ein tüchtiger Werkmeister, welcher mit der Herstellung von Galalith-Knopfen in jeder Weise auf das Beste vertraut ist, gegen hohen Lohn und dauernde Stellung. Offert. mit Angabe bisheriger Tätigkeit unter S. 2. 281 an die Exp. d. Zeitg. erbeten.

Stellmachergeselle Walte Kuhn findet dauernde Beschäftigung bei Christoph Kahr, Stellmachermeister Mühlheim bei Bremerörde.

Tüchtige Stellmacher auf Häber und Kastenarbeit sucht. Söhnes Wagenfabrik, Buttstädt i. Th.

Tüchtige, selbständige Kastenmacher bei hohem Verdienst (Mförd) für dauernd gef. Mies, Karosseriewerk, Bonn a. Rhein.

3 tüchtige Korbmachergesellen auf Mattarbeit sucht bald Hermann Nebr, Groß-Tschansch-Breslau.

6-8 tüchtige, solide Korbmacher auf grün Geflochten und Mattarbeit erhalten bei gutem Mfördlohn dauernde Stellung. Helle Werkstatt (Neuban), Gutes prima Material. Peter Wiesner, Korbmachermesser Groß-Umstadt (Hessen).

Suche sofort jungen Korbmacher auf Geflochten u. Reparatur, auch etwas Gestellarbeit, ev. solche zum Erlernen. Wilh. Raab, Korbmachermesser Meidori, Hallein.

Gesucht ein junger Korbmacher auf w. geflochten Arbeit. Derselbe muß auch bei Gestellarbeit mithelfen oder kann diese erlernen werden. Gg. Goldenmaier, Mühlheim i. Baden.

2 jüngere Korbmacher auf Beddigmöbel, oder solche, die es lernen wollen, gesucht. W. C. Graubach, Wüstrow, Hannover.

2 tüchtige Korbmacher auf runde Mattarbeit für dauernde Arbeit sofort gesucht. Conrad Müller, Salzotten, Weis. Nr. 14. Gestellarbeiter speziell auf bessere Beddigmöbel, und solche, die es lernen wollen, werden sofort eingestellt. Kurt Förster, Liebertowisch 217.

Gesucht auf sofort! Ein tüchtiger Arbeiter für Bandsäge und Fräsmaschine auf dauernde Stellung. Solche, die bereits in einer Strichenhölzerfabrik gearbeitet haben, erhalten den Vorzug. D. Koppmann, Strichenfabrik, Quakenbrück. Ein Holzarbeiter für Baumhölzer, grün Kappelholz, Lohn 8,- 9,- 10 Pf. pr. Paar, sucht für dauernd. Franz Herrmann, Nowawes, Turnstr. 2.

Mein lieber Freund Interessierst Du Dich für amerikanische Werkzeug-Neuheiten? Dann erhalte sofort gratis Neu. Plakat Januar 1912 Neu. m. viel neuen Abbildungen v. Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Oppelnerstr. 31. Valent Schraubenzieher Länge 80 cm, mit 8 Klingen à 4,50 Mtl. m. Schabbel Art Nr. 80, m. 1 Stk. 70 mm br. à 2,25 Schabbel Art Nr. 8, Original. do. à 2,25 Reform-Putzbohrer mit Garantie 1a à 5,25 Leinträger 1a Stahl, 60 mm breit. à 0,60 Glatte Distanz-Ziehlingen à 30 Pf. 6 Stück 1,50 1a Stilleisen 8 Löcher mit Zähne. à 1,40 Amerik. Schlangenbohrer bis 10 mm à 45 Pf., bis 18 mm. à 0,55 Amerik. Winkel mit Zentimeter-Einteilung 10 cm lang à 0,60, 15 cm lang à 0,80 Bohrvindeln mit Kugellager. . . . . à 1,50 Bohrstiftlöcher 1a. . . . . à 0,50 Simshobel Pull Nase. . . . . à 1,-

Alles zur Laubsägerei Kerbschnitt und Holzbrandmalerei liefert allerbilligst J. V. Sahn, Warburg 11 (Wfalz). Katalog gratis und franko.

Hobel-Offerte! Manzhobel, 50-60 mm. . . . . 4,- Mtl. Doppelhobel, 48-52 mm. . . . . 2,25 " Wutzhobel, 48-52 mm. . . . . 2,25 " Schlitzhobel, 48-50 mm. . . . . 1,80 " Schropphobel, 30-34 mm. . . . . 1,50 " Simshobel, 28-30 mm. . . . . 1,40 " versenden gegen Nachnahme oder vorherige Kasse unter Garantie. Gebr. Daase, G. m. b. H., Algenitz Werkzeugfabrik mit Dampfbetrieb.

Kunstgewerbliche Tischlerische Blankenburg, H. 2 Programm frei. Direktor Reineking.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Erstklassige Lehranstalt. Kronenweg 14. Dir. Carl Malbaum.

Katalog gratis und franko. Billig und gut kaufen Sie sämtliche Tischlerwerkzeuge von dem Spezialhaus Heinrich Genuit Berlin O. 17, Warschauerstr. 41/43. Streich's Tischler-Fachschule Cöthen in Anhalt 3. Lehranstalt allerersten Ranges (Gesetzliche Meisterprüfung) Kurse von 1 bis 12 Monate. Prospekt freil durch die Direktion.

Deutsches Technikum Lehr-Institut für Technischen Fern- und Korrespondenz-Unterricht. - Berlin W 50, Kulmbacherstr. 4. Letztg. Regierungs-Bauführer a. D. Dipl.-Ingenieur R. Barkow. - Gediegene theoretisch. Ausbildung für Bau- und Möbelschler, Tischler, Meister, Werkmeister u. Werkführer von Tischlereien, Möbelzeichner usw. sowie Vorbereitung auf die gesetzliche Meisterprüfung durch schriftlichen Unterricht nach erfolgreicher Methode und ohne Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. - Glänzende Erfolge und Anerkennungen. - Honorar mäßig. Aufnahme zu jeder Zeit. Ausführlich. Programm gratis.

Erstkl. Tischler-Fach-Kurse Dresden-A. ausgeb. u. Vertiefte Techn. u. Zeichner (Schulgeld nicht). Direkt. Gemperlein, Kronprinzenpl. 6. Nachweisbar beste Ausbildung. Alter der Schüler 18 bis 44 Jahre. Programm freil.

Quittungs-Marken und Kautschuk - Stempel liefert seit 30 Jahren Jean Holze & Co. Hamburg, Felsenbühlhof 10.

Eingelegte Furniere für Nähtische, Schatullen, Pflügen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungs schreiben. E. Billor, Marqueter, Heidelberg Theater-Strasse 7.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik, Hamburg 23. Unübertroffen und darum von so grosser Werbekraft sind mein wasser-echtes Peha-Matt, meine nach eigenem Ver- gereinigten Schellackpolituren, hochmodern. Holzbeizen, die sich besonders Farbprächtig auszeichnen (Eichenbeizen, Albo-Musabeizen, Salmiakbeizen, Spiritusbeizen, Ambrantbeizen usw.) Mein neues Polierverfahren sich glänzend bewährt. Es ist durch Reichspatente gesetzlich geschützt! Man erspart: Material, Zeit, Arbeit! Ich versende zum Versuch ein Körbchen, enthaltend: 1 Fl. Peha-Matt. 1 Dose Porenfüllpulv. Mon-Ak (nussb.) 1 " Neutral-Schellackpolitur-Extrakt 1 " Marmor-Mono (mahag.) 1 " Patentpolitur zum Reinpolicieren 1 Tube Inkrustationskitt, blond (zum Auskitten schadhafter Holzstellen) 1 " allerf. Politur-Glanzack (blond) 1 St. Kork-Schleifklotz (120x75x30mm) 1 " Schleif- und Polieröl (gelblich) Bel Bestellungen genügt die Angabe: 1 Versuchskolle zum Polieren zu 6 Mk., franko Inkl. Emballage. Mein Lehrbuch der Schmuck- und Schutzarbeiten des Holzes (so ist jetzt der Titel der Anleitungen für das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen usw.) ist nunmehr in II. revidierter und illustrierter Auflage erschienen. Dies allseitig glänzend beurteilte Werk kostet im Buchhandel 1,50 Mk., bei Bezug von 10 Exemplaren auf einmal werden nur 10 Mk. berechnet. Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Sie erscheint bereits im V. Jahrgang und rasch hat sie in weiten Kreisen grossen literarischen Ruf erlangt! Abonnement 3 Mk. das Jahr. Die Elementar-Konstruktionen der Tischlerei. Von Paul Horn. In der Konstruktion zeigt der Meister der Holzarbeit! Rasch haben sich denn auch diese Zeichnungen mit dem erläuternden Text die Anerkennung erster Fachleute erworben. In bester Verpackung werden sie postfrei für 1 Mk. versandt. Verlagshaus des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Gelsenh., in v. D. in Berlin. Druck: Schwartz Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 64.